

OSTSEE-FRIEDENSKONFERENZ

„OSTSEEREGION – MODELLFALL FÜR ABRÜSTUNG?“

27. MÄRZ 2004

im Rathaus der Hansestadt Rostock
Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anliegen der Konferenz:

- In der Tradition der bisherigen Ostseefriedenskonferenzen erörtern die Teilnehmer Chancen und Möglichkeiten, die Ostseeregion zu einem Integrationsmodell für Frieden und Abrüstung zu entwickeln.
- Fortgesetzt wird der Erfahrungsaustausch über die Vielfalt der Friedensbewegung rund um die Ostsee und die Möglichkeiten der engeren Kooperation und Vernetzung.

Veranstalter:

BAG und LAG Frieden und internationale Sicherheit

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PDS-Fraktion der Bürgerschaft Rostock

Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament

Moderation:

Helmut Scholz

Steffen Bockhahn

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Sicherheit beim Landesvorstand der PDS, Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V, PDS-Fraktion in der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock

Redaktion: Christian Pahlig, Harald Zieseniß, Dr. Michael Herms

Lektorat: Birgit Götz

Die Wiedergabe der Beiträge beruht auf der Grundlage der eingereichten Beiträge.

Beiträge zur Ostsee-Friedenskonferenz 2004

Begrüßung: Harald Zieseniß,
LAG Frieden und Sicherheit

Grußwort: Ida Schillen,
Senatorin für Kultur und Bildung der Hansestadt Rostock

Eröffnungsstatements

Dr. André Brie (MdEP):
Die europäische Verfassung und der Friedensanspruch

Prof. Dr. Gregor Putensen:
Die Ostseeregion aus Sicht der Friedensbewegung

Gerry Woop:
Die verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD im europäischen Rahmen

Diskussion

Statements

Petra Pau (MdB):
Die Haltung der PDS im Deutschen Bundestag zur Frage Krieg und Frieden

Prof. Dr. Bernhard Gonnermann:
Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, Kampfmittelberäumung in Deutschland

Helmut Holter, Minister:
Arbeitsmarktpolitik und Konversion in Mecklenburg-Vorpommern

Fortsetzung der Diskussion

Abschlusserklärung

Harald Zieseniß

Begrüßungsworte

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende,

alle, die hier heute Platz genommen haben, darf ich wohl ohne weitere Formalitäten als Friedensfreund und Friedensfreundin begrüßen. Es freut mich, dass sich hier und heute der Bogen der Interessenten für eine friedliebende Ostseeregion von Berlin bis Bonn spannt, soweit ich das jetzt überblicken kann und Ideologien und Konfessionen zu diesem Thema eine nachgeordnete Rolle spielen.

Die AG Frieden und Sicherheit beim Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern dankt Ihnen für Ihre Teilnahme, für Ihr heute und hier offen gezeigtes Interesse an der Suche nach Wegen für ein friedliches, friedliebendes und Frieden stiftendes Europa. Die vermeintlichen Erfordernisse der Globalisierung und die traurigen Ereignisse der letzten Tage insbesondere zeigen, dass dieser Weg dringend notwendig, jedoch nicht einfach ist.

Der Weg ist aber keinesfalls frei zu schießen oder frei zu bomben. Er ist bestenfalls frei zu reden und frei zu demonstrieren.

Warum sollte die Ostseeregion dafür nicht erfolgreicher Modellfall sein? Um das zu diskutieren, sind wir hier.

Ich danke allen, die an der Organisation und Durchführung der Veranstaltung mitwirken. Insbesondere danke ich meiner Frau für ihre Geduld mit mir in den vergangenen Monaten. Ich übergebe hiermit an die Moderatoren, die heute eine der unzähligen Ostseekonferenzen leiten, allerdings die Einzige, die den Frieden explizit im Namen führt und bitte schon jetzt um die Zustimmung zur Erklärung unseres Treffens, die heute Nachmittag verabschiedet werden soll.

Ida Schillen

Erste Stellvertreterin des Oberbürgermeisters der Hansestadt Rostock

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

es ist mir eine besondere Ehre, Sie im Rathaus der Hansestadt Rostock zu begrüßen. Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass Sie für die Ostseefriedenskonferenz das Rostocker Rathaus

gewählt haben und damit von diesem Ort aus deutliche Signale zur Stärkung der europäischen Friedensbewegung aussenden.

Rostock ist eine Stadt der friedliebenden Menschen. Mitte der 90er hat die Bürgerschaft hier in dem Raum, in dem Sie tagen, den einstimmigen Beschluss gefasst, die Hansestadt zur atomwaffenfreien Stadt zu erklären. Viele Protestaktionen gegen Kriege fanden in Rostock statt, vor allem auch Proteste gegen die Kriegsbeteiligung der rotgrünen Bundesregierung. Gleichwohl ist auch diese Stadt nicht frei von Widersprüchen. Die Stationierung der Eurofighter auf dem Rostocker Flughafen Laage konnte nicht verhindert werden und es gab keinen öffentlichkeitswirksamen Protest dagegen.

In der aktuellen Diskussion um die künftige EU Verfassung ist eine starke Friedensbewegung notwendig. Europäische Aufrüstung und Militärinterventionen gehören nicht in diese Verfassung. Europa braucht eine Friedensverfassung und keine Militärverfassung. Eine moderne europäische Verfassung muss eindeutige und klare Regelungen zum Schutz des Friedens enthalten. Aus europäischen Ländern darf nur Frieden ausgehen. Jede Beteiligung an Angriffskriegen ist zu verbieten. Abrüstung und Reduktion der Streitkräfte in Europa müssen klar festgelegt werden. Ich bin überzeugt, dass dies dem Willen der Mehrheit der europäischen Bevölkerung entspricht. Nicht zuletzt die Wahlen in Spanien haben den Friedenswillen der dortigen Mehrheit deutlich gezeigt.

Zynischerweise macht der Regierungswechsel in Spanien das Inkrafttreten des militärischen Entwurfs der EU Verfassung wahrscheinlich. Ob die spanische Bevölkerung stark genug ist, von ihrem neuen Regierungschef auch einen inhaltlichen Kurswechsel zur Entmilitarisierung der EU Verfassung zu erwirken, ist fraglich. In Deutschland wird die Friedensbewegung die bevorstehenden Ostermärsche zum Protest gegen die EU Verfassung nützen. Gefordert wird eine Verfassung, die demokratisch legitimiert ist und auf Krieg, Militär und Kernenergie verzichtet. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Konferenz.

Dr. André Brie

Mitglied des Europäischen Parlaments

**DIE EUROPÄISCHE UNION AUF EINEM FALSCHEN WEG:
DIE EUROPÄISCHE VERFASSUNG UND DER FRIEDENSANSPRUCH**

Die Ostsee, wollen wir, soll ein Meer der friedlichen Zusammenarbeit sein. Kaum ein geografischer Raum könnte wichtiger und geeigneter sein, ein solches Beispiel zu schaffen. Aber die Realität ist eine andere. Russland bevorzugt ebenso wie die weit nach Osteuropa

ausgedehnte NATO eine militärisch geprägte internationale Politik. Die Europäische Union, ein ursprünglich ziviles Projekt, geht einen ähnlichen Weg, viele ihrer Mitgliedsländer ohnehin, und auch die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten im Ostseeraum haben viel von der nichtmilitärischen Orientierung ihrer Sicherheitspolitiken verloren.

Mit der Annahme der Europäischen Verfassung wird eine verhängnisvolle Militarisierung der Europäischen Union verstärkt und - wofür es in demokratischen Verfassungen kein Beispiel gibt - in den Verfassungsrang gehoben. So wird festgelegt,

- dass sich die „Mitgliedstaaten verpflichten (...), ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-40);
- dass ein gemeinsames Rüstungsamt geschaffen wird, das ausdrücklich auch auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Einfluss nimmt (ebenda);
- dass eigene „Krisenreaktionskräfte“ aufgebaut werden, die auch „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“ führen können. (Art. III-210) Zudem wird die EU faktisch auf die Politik der NATO verpflichtet. (Art. I-40)

Der Begriff der Abrüstung findet sich dagegen makaberer Weise lediglich als eine Aufgabe für die „zivilen und militärischen (!) Mittel“, die die EU entwickeln will (Art. III-210).

„Abrüstung“ nicht durch aktive Diplomatie, sondern mit Streitkräften - das ist eine Perversion dieser großen und so dringenden Aufgabe, die eine weitere Militarisierung von Denken und Politik ausdrückt und die militärischen Bedrohungen auf dem Erdball nur vergrößern kann. Die Ostsee könnte durchaus ein Raum für eine friedliche Alternative sein, eine Insel der Seeligkeit und Sicherheit in einer so widerspruchsvollen und konfliktreichen Welt kann sie nicht sein. Interventionsstrategien und Aggressionskriege werden nicht nur in Staaten des Nordens – darunter in unserer Region – entwickelt, beschlossen und verwirklicht, sondern werden unweigerlich auf uns zurückwirken. Die Ostsee, das sollte uns klar sein, liegt zwischen dem Kosovo, dem Irak und Afghanistan.

Statt kooperativer und ziviler Sicherheitsstrukturen haben wir die NATO-Osterweiterung, die internationale Brigade in Szczecin, andere für Militärinterventionen geplante, ausgerüstete und eingesetzte Einheiten in Hagenow, die Absicht eines Bombenabwurfplatzes in der Kyritz-Wittstocker Heide, die Reorientierung der russischen Politik auf militärische Stärke und - wie erwähnt - eine anachronistische militärische Tendenz in der EU.

Eine emanzipierte Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die sich an der UN-Charta und einem objektiven europäischen Interesse an internationaler Stabilität und friedlicher sowie ursachenorientierter Konfliktprävention und -beilegung orientiert, könnte dagegen zu konstruktiven kooperativ geprägten Alternative zum US-amerikanischen Unilateralismus und

der Bush-Doktrin „präventiver“ Kriege (einschließlich präventiver Nuklearschläge) beitragen. Erfahrungen aus dem Ostseeraum, insbesondere mit zivilem Konfliktmanagement skandinavischer Staaten in der Vergangenheit, oder Friedensforschungsinstitute wie an der Universität Hamburg und das Stockholmer SIPRI, vor allem aber die großen Bevölkerungsmehrheiten in allen Ostseeländern gegen den Irakkrieg und die Antikriegsbewegungen in unserer Region wären Ansatzpunkte, mit denen zu dieser europäischen Alternative beigetragen werden könnte.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)

„Geburtsurkunde“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) war der im Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht. Die darin noch sehr allgemein gehaltenen Festlegungen zur GASP, wie die Zusammenführung von Außen- und Sicherheitspolitik, wurden später durch den Amsterdamer Vertrag (1997) präzisiert. In dem Abkommen hieß es ausdrücklich, dass die „schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“ zu einer „gemeinsamen Verteidigung führen könnte“. Kernpunkte der künftigen Verteidigungspolitik sollten die sogenannten „Petersberg-Aufgaben“ sein:

- humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung;
- friedensschaffende Maßnahmen.

Als weiteres Ziel wurde die Förderung „engerer institutioneller Beziehungen zur Westeuropäischen Union (WEU) im Hinblick auf die Möglichkeit einer Integration der WEU in die Union“ definiert. Die WEU war 1954 aus der sechs Jahre zuvor gegründeten Westunion hervorgegangen, jedoch rasch in den Schatten der NATO geraten.

Beschleunigte Militarisierung der EU

Mit den Beschlüssen des EU-Gipfels in Helsinki im Dezember 1999 wurde die militärische Orientierung der EU fortgesetzt und konkretisiert. So wurde insbesondere beschlossen

- die EU „in die Lage (zu) versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen“ sowie bis Ende 2003 die Voraussetzungen dafür zu schaffen;
- eine weltweit einsetzbare Truppe von bis zu 60.000 Soldaten mit einer Einsatzbereitschaft innerhalb von 60 Tagen bereit zu stellen;

- ein Ständiges Sicherheitspolitisches Komitee auf Botschafterebene, einen Militärausschuss sowie einen Militärischen Arbeitsstab einzurichten.

Auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 einigte man sich auf zwei wichtige Änderungen im Vertrag über die Europäische Union:

- Den Rückbau der operativen Fähigkeiten der Westeuropäischen Union. Damit kann die EU autonom über künftige humanitäre bzw. friedenserhaltende Interventionen, wie sie im Petersberger Abkommen definiert wurden, entscheiden. Solche Interventionen sollen durchgeführt werden, wenn sich die NATO nach gemeinsamer Konsultation gegen eine eigene Intervention entscheidet.
- Die Übertragung der Vollmacht zur Bestimmung von Strategie und Formen des Krisenmanagements an das Politische und Sicherheitspolitische Komitee.

EU in außen- und sicherheitspolitischer Sackgasse

Insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und nach der pauschal abgegebenen „Erklärung der uneingeschränkten Solidarität“ mit Washington sind die Bemühungen um ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Agieren der EU-Staaten in eine tiefe Krise geraten. Weder im Nahen noch im Mittleren Osten oder hinsichtlich aktueller bzw. potenzieller Konfliktherde in Afrika und Asien hat die Europäische Union zu einer gemeinsamen Strategie und Politik gefunden. Aktuellstes – und eklatantestes – Beispiel ist die Haltung gegenüber dem von den USA vom Zaum gebrochenen Aggressionskrieg gegen Irak. Papiere von EU-Gipfeln, die eine friedliche Konfliktbeilegung forderten, erwiesen sich nach der von einigen Staaten erklärten Kriegsunterstützung über Nacht als wertlos. Damit wurden die großen Widersprüche in Europa hinsichtlich des Unilateralismus und der Dominanzpolitik der USA offensichtlich.

Erste militärische Mission

Ungeachtet des Versagens in dieser zentralen Frage startete die EU am 1. April 2003 ihren ersten militärischen Einsatz. In Mazedonien löste die „Mission Concordia“ die bisherige NATO-Überwachung ab. Beteiligt sind an dem vorerst auf sechs Monate befristeten Einsatz rund 320 Soldaten aus 27 europäischen Ländern (EU-Mitglieder und Kandidatenstaaten). Weitere Einsätze, unter anderem in Bosnien, sind geplant.

Weiterentwickelt wird auch das Projekt einer europäischen Rüstungsagentur. Damit soll Europa im Rüstungssektor effektiver und unabhängiger von den USA werden. Erklärtes Ziel

dabei ist laut Frankreichs Präsidenten Chirac die Schaffung „einer echten europäischen Rüstungspolitik und die Entwicklung gemeinschaftlicher militärischer Fähigkeiten“. Paris und Berlin hatten den Vorschlag Ende November letzten Jahres im derzeit laufenden Konvent zur Zukunft Europas eingebracht. Angeregt wurde zugleich die Schaffung einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“, die sich auch als zentrales Element in einer künftigen europäischen Verfassung finden soll. Offensichtlich geht es dabei darum, zum einen die militärische Seite der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ prinzipiell zu verstärken, zum anderen eine größere Autonomie gegenüber den USA zu ermöglichen.

Europäisches Parlament ohne Mitsprache

Bezeichnend ist, dass sich die ESVP und der Aufbau einer EU-Eingreiftruppe der demokratisch-parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzieht. Das Europäische Parlament spielt in dem Prozess bislang kaum eine Rolle, es wird über Vorgänge im Zusammenhang mit der GASP/ESVP lediglich informiert. Auch die nationalen Parlamente wurden faktisch ignoriert.

Trotzdem beschäftigt sich das Europaparlament intensiv mit den Fragen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. So nahm das Parlament Anfang April dieses Jahres – gegen die Stimmen u.a. der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordisch Grünen Linken – den sogenannten „Bericht Morillon“ über eine „neue europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“ an. Neben der Einrichtung der bereits erwähnten europäischen Rüstungsagentur und einer Militärakademie plädierte das EP auch für die Einfügung einer „kollektiven Verteidigungsklausel“ und einer „Solidaritätsklausel“ in den EU-Vertrag. Sie sollen „die Mobilisierung ziviler und militärischer Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus“ ermöglichen. Das Parlament sprach sich für die Schaffung einer Militärmacht aus, die fähig sein müsse, „Einsätze von Niveau und Intensität des Kosovo-Konflikts“ zu führen. Der Änderungsantrag der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken (der auch die PDS-Abgeordneten im EP angehören), dass die „EU Kriege als Instrument zur Beilegung internationaler Meinungsverschiedenheiten ablehnen“ müsse, wurde dagegen abgewiesen.

Alternativen für eine ESVP

Unter den gegenwärtigen Bedingungen existieren faktisch nur zwei Möglichkeiten für die EU und ihre Mitgliedsländer: Die militärische Vorherrschaft der USA, ihren Unilateralismus und imperialen Interventionismus hinzunehmen oder diesem Kurs aktiv entgegen zu treten. Das

soll, kann und darf keine Konfrontation gegenüber Washington bedeuten (Konfrontationen gibt es in dieser Welt wahrlich zu viel), aber es verlangt zu einer kritischen Distanz zu und aktiver Auseinandersetzung mit der aktuellen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der USA, zum anderen eine europäische Emanzipation und größere Eigenständigkeit sowie nicht zuletzt die Rückbindung der USA selbst an das internationale Recht. Zweifellos müsste dazu eine tatsächlich gemeinsame und unabhängige Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union entwickelt und realisiert werden. Diese muss, wenn sie eine Lösung von der Vorherrschaft der USA bedeuten sollte, auch wirklich alternativ sein und auf folgenden Punkten basieren:

- energische Stärkung der UNO statt ihrer Schwächung,
- Multilateralismus und Achtung des Völkerrechts statt Unilateralismus,
- Priorität ökonomischer, sozialer, entwicklungspolitischer, ökologischer, kultureller Kooperation statt Orientierung auf militärische Vorherrschaft,
- ursachenorientierte, präventive Konfliktbearbeitung statt militärischer Präventivstrategien,
- eine konsistente und konsequente Menschenrechtspolitik statt „Antiterror“-Allianzen mit Militärdiktatoren,
- Abrüstung und Rüstungskontrolle statt neuer Hochrüstung und Rüstungsexporten,
- strategisches Beziehungsgeflecht mit Russland und China als Ergänzung zum atlantischen Verhältnis statt konjunktureller und kurzfristig-pragmatischer Gestaltung dieser Verhältnisse.

In solchen und ähnlichen Richtungen wäre die EU wahrscheinlich in der Lage, eine größere Autonomie gegenüber den USA und eine Relativierung der geschichtlich beispiellosen militärischen US-amerikanischen Dominanz zu erreichen. Immerhin gab es in den vergangenen 12 Jahren nicht nur das oftmalige Versagen von Politik und den Ausbruch zahlreicher blutiger Kriege, sondern auch - öffentlich leider wenig beachtete - Fälle, in denen Konflikte durch internationale Moderatoren, den Aufbau rechtstaatlicher Strukturen und effektiver Polizeikräfte sowie wirtschaftliche und soziale Maßnahmen frühzeitig eingedämmt wurden. Vor allem die skandinavischen Staaten können positive Erfahrungen vermitteln.

Prof. Dr. Gregor Putensen

DIE LAGE IN DER OSTSEEREGION AUS SICHT DER FRIEDENSBEWEGUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wie die Ausführungen meines Vorredners bestätigen, wird – auf eine kurze Formel gebracht – das Europa der EU nicht nur größer, sondern zugleich auch militanter. Mit anderen Worten: Es ist dabei, von allen guten Geistern verlassen zu werden. Wenn wir uns denn darauf verständigen wollen, dass es doch auch im Europa der Monopole zumindest noch einige gute Geister gibt. Der zunächst noch latente Militarisierungsprozess der EU seit der politischen Wende in Osteuropa hat in den Jahren des neuen Jahrhunderts konkrete Konturen offenbart. Der EU-Verfassungsentwurf erhebt die militärische Aufrüstung sogar zu einem Verfassungsgebot. Rhetorisch ließe sich fragen, ob denn die Existenz der NATO eigentlich nicht schon genüge. Denn dem EU-Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns war ja 1999 die Mitgliedschaft in der NATO vorangegangen. Und nun wird auch der EU-Beitritt der baltischen Staaten in den nächsten Tagen mit dem Eintritt in die NATO komplettiert. Trotz aller symbolischen und institutionellen Verbindlichkeiten in Gestalt des etablierten 19+1-Rates rückt die NATO (und damit die Supermacht USA) Russland unmittelbar an seinen Grenzen „auf die Pelle“. Für den Fall grundlegender Veränderungen in bisherigen Interessenlagen bedeutet das eine höchst sensible Sicherheitslage für die Russische Föderation. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungen in der Ostseeregion, sondern generell werfen diese Prozesse aus Sicht der Friedensbewegten grundlegende Fragen auf. So zum Beispiel die Frage nach der Friedensfähigkeit der Staaten und der sie tragenden Gesellschaftsordnung, in der wir heute leben. Das Attribut der Friedensfähigkeit für die Staaten des entwickelten Kapitalismus war bekanntlich stets umstritten. Aber in Hinblick auf die EU, insbesondere auf den Aussöhnungsprozess zwischen Frankreich und Deutschland und ähnliches heute hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen, besteht jedoch weitgehende Einigkeit. Bei allen Interessenunterschieden dieser Staaten kann seither ein Krieg zwischen ihnen künftighin wohl ausgeschlossen werden. Ein Faktum, dass alle friedliebenden Menschen erfreut. Wie viel ist aber die EU-interne Friedfertigkeit wert, wenn die europäische Integration nunmehr offenkundig nach außen hin mit voller Kraft auf eine eigene weltweite militärische Interventionsfähigkeit Kurs nimmt? Und dies einerseits zusammen mit den USA und der NATO, andererseits jedoch zumindest partiell auch unabhängig von ihnen. Einzelne

Staaten der EU, darunter auch des Ostseeraums, waren und sind bereits an Krieg, militärischen Aktionen bzw. an der militärischen Absicherung der von den USA im Ergebnis von völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen geschaffenen Tatsachen in Afghanistan und Irak beteiligt. Allein diese Feststellung belegt in alarmierender Weise das Ausmaß der dramatischen und für einen stabilen Frieden in der Welt negativen Veränderungen, die seit der letzten, 1997 in Schwerin abgehaltenen Friedenskonferenz in der Ostseeregion eingetreten sind. Hierbei bewegt die Menschen der Region ganz konkret folgende Entwicklungstendenz: Die Ostseeregion verkörperte in Hinblick auf die nordeuropäischen Staaten während der Jahre des Kalten Krieges ungeachtet aller militärischen Machtprojektionen der USA und Sowjetunion im Norden unseres Kontinents ein Friedenspotenzial mit hohem Stellenwert. Kennzeichnend für alle Staaten Nordeuropas – ob Mitglied der NATO (also Dänemark, Norwegen und Island) oder aber bündnisfrei (wie Schweden oder Finnland) – war die für ihre Außenpolitik besonders ausgeprägte Tendenz zu verantwortungsbewusster militärischer Zurückhaltung. Erinnert sei an die vielfältigen Überlegungen zu einer kernwaffenfreien Zone im Norden Europas, deren Aktualität bis heute noch nicht erloschen ist (z. B. in Gestalt eines Streifens kernwaffenfreier Staaten von Nordeuropa bis zum Schwarzen Meer). Bei aller betonten Zugehörigkeit zum System westlich-demokratischer Werte suchten die Führungen dieser Staaten in der Regel nach Vermittlung und Kompromissen und eben keine Zuspitzung der Blockkonfrontation. Verantwortungsbewusste Politik wurde somit in erkennbarem Maße sowohl vom kurzfristigen als auch längerfristigen Eigeninteresse an einem nationalen und kollektiven Überleben bestimmt. Der kategorische Imperativ zu einer gemeinsamen Schadensabwendung durch Koexistenz unter den Bedingungen der Konfrontation von verheerenden militärischen Vernichtungspotenzialen war allen Spannungen zum Trotz letztlich zum Tragen gekommen.

Betrachtet man die heutige Situation im Ostseeraum, so scheinen auf den ersten Blick die Spannungsmomente nach dem Wegfall der staatssozialistischen und ideologischen Kontrahenten im Osten behoben zu sein. Die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Eliminierung der kostentreibenden und ressourcenvergeudenden militärischen Elemente einer regionalen Sicherheit für alle Ostsee-Anliegerstaaten schien gegeben zu sein. Und doch triumphiert erneut der Ungeist einer neuen Blocklogik – jetzt allerdings unter den Prämissen einer von den USA ausgeübten unilateralen Hegemonie. Die Wirtschaftsbeziehungen sowie die kulturellen Verbindungen und zwischenmenschlichen Kontakte in der Ostseeregion sind zwar unbestreitbar intensiviert und lebendiger geworden. Doch über allem dräut auch weiterhin die Logik des Militärischen. Die USA-inspirierte, auf militärische Gewalt setzende

Sicherheitsphilosophie globaler Interessenwahrnehmung und -durchsetzung unter dem heuchlerischen Vorwand internationaler Terrorismusbekämpfung und Konfliktbehebung hat – wenn auch unterschiedlich ausgeprägt – ihren Widerhall in der Politik der NATO, der EU und Staaten der Ostseeregion gefunden. Die Rüstungsindustrie kann sich die Hände reiben! Die Beantwortung der Frage nach den globalen sozialen Ursachen für den Terrorismus und die Konflikte in aller Welt wird von den politischen Eliten und Verantwortungsträgern zumeist absichtsvoll in den Hintergrund gedrängt und zunehmend mit militärischem bzw. militärpolitischem Aktionismus beantwortet. Ein Blick rund um die Ostsee bestätigt diese alarmierende Tendenz, wenn auch in bisher unterschiedlicher Weise.

Über die „Reformen“ geplagte Bundesrepublik Deutschland müssen aufgrund der konkreten Erfahrungen der meisten Anwesenden nicht viele Worte verloren werden. Die Reform der Bundeswehr hat – wie wir wissen – nichts mit Abrüstung zu tun. Hier geht es um eine milliardenschwere Umrüstung deutscher Truppen zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsstreitmacht mit einem Fähigkeitsdispositiv, so wie es auf dem Prager NATO-Gipfel vom Dezember 2002 vorgegeben wurde. Dieser Logik entsprechend verteidigt die Bundesrepublik ihre Sicherheit kaum noch an den Territorialgrenzen ihres Landes und des NATO-Bündnisses, sondern bereits an Hindukusch und Horn von Afrika. Mit entsprechend fortschreitendem „Reformtakt“ wird „die ganze Welt zum Einsatzort“ für die Bundeswehr, wie Verteidigungsminister Struck, einer erstaunlich protestschwachen Öffentlichkeit mitzuteilen geruhte.

Schauen wir aber auch auf unsere Ostseebarn. Auch dort gibt es manchen Anlass zur Beunruhigung! Dänemarks Regierung hat die früher geübte sicherheitspolitische Bedachtsamkeit aufgegeben und beteiligt sich mit etwa 400 Soldaten ebenso wie die 2.900 Soldaten Polens an der widerrechtlichen Okkupation des Irak. Polen sogar als militärischer Koordinator mehrerer Truppenkontingente aus anderen Staaten der „Koalition der Willigen“ mit einer eigenen Besatzungszone. Ungeachtet der sich zuspitzenden sozialen Probleme stehen Polen, wie auch übrigens seine baltischen Nachbarn Estland, Lettland und Litauen, vor dem überaus kostenträchtigen Problem der rüstungstechnischen und personellen Allianz-Passfähigkeit ihrer Streitkräfte. Das „generöse“ Geschenk Deutschlands an die polnische Luftwaffe in Gestalt der MIG-29 aus dem Bestand der ehemaligen NVA im Wert von etwa einer halben Milliarde Euro zeigt, mit welcher verschwenderischer Großzügigkeit im Militärwesen gearbeitet wird. Die neue Bündniszugehörigkeit kostet Polen heutzutage noch mehr als die Rüstungslasten zu Zeiten des Warschauer Pakts. Der von den USA gegen französische und schwedische Konkurrenz durchgesetzte Ankauf von F-16-Kampfflugzeugen

wird durch die „milde Gabe“ der MIG-29 auf Kosten der deutschen Steuerzahler für Polen allerdings kaum spürbar billiger. Aber immerhin zeigten die „neuen Europäer“ in der Führung der Sozialdemokraten unseres östlichen Nachbarn mit dem amerikanischen Flugzeugkauf, was sie Bush und Rumsfeld schuldig zu sein glaubten. Die Menschen jenseits von Oder und Neiße ließen sich angesichts ihrer sozialen Nöte ganz offensichtlich zu keinen erkennbaren Begeisterungstürmen über die rüstungspolitischen Entscheidungen ihrer Regierenden hinreißen. Der angekündigte Rücktritt des Ministerpräsidenten Leszek Millers demonstriert in aller Deutlichkeit die dramatische sozialpolitische Situation bei unseren Nachbarn in Polen. Auch die führenden politischen Kreise Norwegens haben einen weitgehend kaum wahrgenommenen Kurswechsel vorgenommen. Markantester Ausdruck hierfür war und ist die direkte Beteiligung norwegischer Flugzeuge an den militärischen Operationen der USA gegen die Taliban in Afghanistan. Die von den USA forcierte militärische Präventivstrategie unter dem Deckmantel des weltweiten Antiterrorkampfes hat auch in der Politik der militärisch allianzfreien Länder Nordeuropas, d. h. Schwedens und Finnlands, Wirkungen gezeitigt. In Schweden setzte die sozialdemokratische Regierung seit Jahrhundertbeginn auf eine deutliche Verwässerung der Grundlagen für die bisher traditionelle, militärisch bündnisfreie Außenpolitik des Landes. Begleitet wurde dies durch wiederholte und immer nachdrücklichere Forderungen aus dem Lager bürgerlicher Parteien, die der als „nicht mehr zeitgemäß“ deklarierten Neutralitätspolitik durch direkten Beitritt zur NATO ein Ende bereiten wollen. Die breite Verankerung der Neutralitätspolitik im Massenbewusstsein hat trotz aller berechtigter Kritik an ihrer nicht immer ganz makellosen moralischen Konsequenz und mancherlei staatsgeheimer Tricksereien bisher eine allzu offensichtliche, direkte Koppelung an die NATO verhindert. Bedingt gilt das auch für die militärischen Ambitionen der EU. Dennoch stehen auch die Streitkräfte Schwedens – ähnlich wie die in Deutschland – vor einer schwerpunktmäßig auf Einsätze außerhalb der Landesgrenzen ausgerichteten Umstrukturierung. So jedenfalls die Ankündigungen des neuen Oberbefehlshabers H. Syrén zur künftigen Sicherheitspolitik des Landes. Ähnliches gilt auch für Finnland. Hier waren es nicht nur Politiker aus bürgerlichen Parteien, sondern auch der ehemalige sozialdemokratische Staatspräsident Martti Ahtisaari, die seit etwa zwei Jahren öffentlich auf einen Anschluss Finnlands an die NATO drängen. Bislang zeigte sich das finnische Volk in Umfragen gegenüber diesen Absichten zu mehr als 70 Prozent ablehnend. Mit gleicher Deutlichkeit wird die Beteiligung an den Militarisierungsplänen der EU abgelehnt. Die Haltung der maßgeblichen politischen Kreise Finnlands ließ und lässt auch weiterhin auf weniger eindeutige Aussagen schließen. Das Gerichtsverfahren gegen die für kurze Zeit als

Ministerpräsidentin amtierende Zentrumspolitikerin Anneli Jätteenmääki wegen angeblichen Verrats von Staatsgeheimnissen, in denen es um eine inoffizielle Billigung der Aggressionsabsichten der USA gegen den Irak durch den vorherigen sozialdemokratischen Premiers Lipponen bei einem Besuch in Washington ging, offenbart trotz des inzwischen ergangenen Freispruchs auch hier folgendes: Die überaus tiefe Kluft zwischen Regierenden und Regierten in allen Ländern des Ostseeregion, wenn es um die Fragen von Krieg und Frieden geht. Für Russland ergibt sich in der Ostseeregion – wie bereits eingangs festgestellt – eine grundlegend veränderte strategische Situation. Mit dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten zu NATO und EU haben sich vordergründig zunächst einmal die ohnehin schwierigen Existenzbedingungen für die einfachen Menschen in der Exklave Kaliningrad weiter kompliziert. In Hinblick auf die Beziehungen Russlands zu Westeuropa, insbesondere zu Frankreich und Deutschland, besteht zur Zeit ein relativ starkes Netzwerk gegenseitiger Interessen, das für eine absehbare Zukunft kaum auf militärpolitische Zuspitzungen schließen lässt. Den Dreh- und Angelpunkt für die russische Außen- und Sicherheitspolitik bilden jedoch die Beziehungen zu den USA. Dies ist beileibe nicht nur als geschichtlicher Nachhall der einstigen Supermächtekonfrontation UdSSR-USA zu betrachten. Nach wie vor ist Russland die zweitgrößte Kernwaffenmacht der Welt. Die Etablierung der USA in der südlichen „Bauch-Region“ der ehemaligen Sowjetunion mit ihrem strategischen Konfliktpotenzial an erdöl- und energiepolitischen Interessenkollisionen schließt für die Zukunft dramatische Wendungen im Verhältnis der Russen zu den USA daher keineswegs aus. Mit Sicherheit würde dies schwerkalkulierbare Rückwirkungen für die westeuropäischen NATO-Partner zur Folge haben – bis hin zur Aufgabe der gegenwärtigen, keineswegs vertraglich verankerten Zurückhaltung bei der östlichen Vorwärtsbasierung amerikanischer Streitkräfte bzw. ihres Kernwaffendispositivs. Eine Art von „Amerikanisierung“ der atomaren Strategie Russlands hat bereits mit dem offiziell deklarierten Abschied von der zuvor proklamierten sowjetischen Politik der Nichterstanwendung von Kernwaffen stattgefunden. Lassen Sie mich zusammenfassend aus Sicht der Friedensbewegung für die Situation in der Ostseeregion folgendes feststellen:

Die Möglichkeiten zu allseitiger friedenspolitischer Dividende in der Ostseeregion nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West sind weitgehend nutzlos vergeben worden. Statt einer konsequenten Entmilitarisierung des sicherheitspolitischen Denkens und Handelns gehören Krieg und militärische Gewaltanwendung, wenn auch in unterschiedlichem Grade, erneut zu den nunmehr erneut Vertretbaren, ins Auge gefassten oder bereits praktizierten Optionen im Instrumentarium der Außenpolitik der Staaten dieser

Region. Diese Entwicklung steht in klarem Kontrast zu den unbestreitbar großen Fortschritten auf dem Gebiet der wechselseitigen intraregionalen Zusammenarbeit zwischen den Staaten an der Ostsee und Nordeuropas. Der erfreulichen Tatsache, dass heute von keinem dieser Staaten gegenüber einem anderen Staat dieser Region eine militärische Bedrohung ausgeht, steht jedoch die beunruhigend gewachsene Neigung zum Rückgriff auf militärische Gewaltmittel und Intervention von Seiten der NATO und EU nach außen gegenüber. Unter dem Vorwand einer globalen Terrorismusbekämpfung hat der von den USA inspirierte Wandel der Sicherheitsphilosophie von einer ursprünglich auf Landes- und Bündnisverteidigung gerichteten Abwehr von äußeren Bedrohungen zur faktisch offiziellen Akzeptanz einer militärischen Präventivstrategie geführt. Ihr militärdoktrinäres Wesen wird trotz wohlfeiler Demokratie- und Menschenrechtsrhetorik durch erpresserische Kriegsandrohung und weltweit einsetzbare Eingreifverbände gekennzeichnet. Durch ihre Verklammerung mit der NATO und EU bleibt im Grunde genommen kein einziger Staat der Ostseeregion von dieser bedauerlichen Entwicklung unberührt. Der internen heutigen Friedensfähigkeit der Ostseeregion mangelt es angesichts der in den internationalen Beziehungen stets unausbleiblichen Interessenkollisionen an einer entsprechend klaren und zuverlässigen Friedfertigkeit nach außen. Militärischer Interventionismus hat weder auf dem Balkan noch nach den Angriffskriegen gegen Afghanistan und den Irak als Mittel der Politik für eine stabilere Welt gesorgt. Krieg und militärische Gewalt eröffnen für die, den Konflikten in aller Regel zu Grunde liegenden sozialen Probleme, keine Lösungen auf Dauer.

Bei aller Genugtuung über die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten halte ich die Ostsee-Erweiterung der NATO – 1999 zunächst um Polen zusammen mit Tschechien und Ungarn und nunmehr um Estland, Lettland und Litauen – für einen falschen Weg. Er wird kaum zu mehr europäischer Sicherheit, auf jeden Fall aber zu weniger globaler Sicherheit beitragen. Angesichts des enormen sozialen Wohlfahrtsgefälles zwischen den alten EU-Mitgliedstaaten und den neuen Mitgliedsländern in der Ostseeregion bedeutet der Anpassungsprozess der Streitkräfte der neuen NATO-Mitglieder bis zu deren militärischer Bündniskompatibilität eine unerhörte Vergeudung materieller und finanzieller Mittel. Zynische Machtversessenheit der etablierten Politik entzieht diese Mittel den dringlichen sozialen Erfordernissen in diesen Ländern. Ich bedauere darüber hinaus, dass mit dem NATO-Erweiterungsprozess die Idee der gesamteuropäischen Sicherheit mit der OSZE als ihrer institutionellen Verkörperung zunehmend einer neuen militärischen Blocklogik geopfert wird. Die OSZE droht in der Tat zu einer Magd der NATO zu verkommen.

Nach Ende des Kalten Krieges sprachen nicht zu Unrecht viele Faktoren für die Ostseeregion als beispielgebender Hoffnungsträger für die Perspektiven einer entmilitarisierten, friedlicheren und prosperierenden Entwicklung nicht nur für ganz Europa, sondern in mancherlei Hinsicht sogar auch für die ganze Welt. Die gegenwärtig von der Ostseeregion ausgehenden Signale sprechen leider eine andere Sprache. Von ihr sollten jedoch wieder positive Impulse zu Frieden und Abrüstung ausgehen. Ich hoffe aufrichtig, dass die heutige Konferenz durch intensive Diskussionen und kompetenten Meinungsstreit diesem Anliegen gerecht wird.

Gerry Woop

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD im europäischen Rahmen

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

„Diese Bundeswehr ist die größte Friedensbewegung Deutschlands!“ meinte Verteidigungsminister Peter Struck erst wieder vor zwei Wochen in seiner Regierungserklärung zur Strukturreform der Streitkräfte.¹ Nun, ich freue mich, dass ich hier bei einem „anderen Teil“ der Friedensbewegung diese Behauptung etwas näher untersuchen darf. Ich möchte einige Bewertungen zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien vornehmen und den Blick auf Konsequenzen für die Reform der Streitkräfte lenken. Dem folgen Anmerkungen zur Einordnung dieser Prozesse in den allgemeinen sicherheitspolitischen Kontext. Schließlich will ich auf einige Aspekte der europäischen Sicherheitspolitik zu sprechen kommen. Ich sehe meinen Beitrag gut eingepasst in die Anlage der Konferenz, weil ich auf die grundlegenden Ausführungen von André Brie aufbauen und mich auf die konkreten regionalspezifischen Sichten zur Ostseeregion und zur Konversion hier in der Region beziehen kann.

I.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vollenden konzeptionell einen Wandlungsprozess im sicherheitspolitischen Denken des Bundesverteidigungsministeriums. Er begann mit dem Ende des Kalten Krieges und führte von der restriktiven Zurückhaltung militärischer Instrumente hin zur Nutzung des Militärs als Mittel der deutschen Außenpolitik. Auch wenn

¹ Struck, Peter, 2004: Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung am 11. März 2004 in Berlin, Deutscher Bundestag.

im Vorgängerpapier von 1992 bereits die Fragen der deutschen Interessen extraterritorial verhandelt und mit der Bundeswehr in Verbindung gebracht wurden, schließlich sogar Ressourcenzugang als sicherheitspolitisches Problem in diesem Zusammenhang auftauchte, so war der Kontext damals noch ein anderer. Die Bundeswehr stand erst am Beginn eines Reformprozesses, war sozusagen noch für den mitteleuropäischen Landkrieg aufgestellt. Mit der Veränderung der sicherheitspolitischen Debatten folgten neue Zielsetzungen und entsprechende Strukturentwicklungen. Heute geht es um die Armee im Einsatz. Es kann als Übergangselement angesehen werden, welches mehr oder weniger bewusst so eingesetzt wurde, dass die Bundeswehr in den neunziger Jahren immer wieder einzelne Aufträge im Ausland ausführte, die an sich keine kriegerischen Interventionen darstellten, zugleich jedoch den Anspruch auf weltweites militärisches Engagement deutlich machten. Sie wirkten gleichwohl als Training und als Moment der Gewöhnung der Öffentlichkeit an diese neue Form militärischen Engagements. Diese schon damals von der Friedensbewegung als Salami-Taktik kritisierte Entwicklung brachte die gewünschten Ergebnisse. Nach Jahrzehnten, in denen sich die breite Öffentlichkeit und sogar das Gros des politischen Establishments der Bundesrepublik keinen deutschen Soldaten im Ausland vorstellen konnten, entwickelte sich eine neue Akzeptanz. Genauer: Sie wurde entwickelt, von denjenigen, die die Entwicklungen in diese Richtung treiben wollten. Der Rubikon wurde 1999 mit dem unter Rot-Grün mit verantworteten völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg überschritten. Danach konnte eigentlich nichts Überraschendes mehr kommen. Die Nichtbeteiligung am Irakkrieg 2003 kann zwar auch als eine Korrektur in der Frage notwendiger Völkerrechtslegitimation für Interventionseinsätze angesehen werden. Zugleich war in den vergangenen Jahren die Mandatierung von Bundeswehreinsätzen angesichts ihrer Vielzahl fast eine Daueraufgabe des Deutschen Bundestags. Militärisch ist dabei der Einsatz im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ hervorzuheben, der Kampfeinsätze mit Spezialeinheiten in Afghanistan beinhaltet und zugleich Teil der Kriegsführung der USA in dieser Region ist. In diesen historischen Kontext ordnen sich die im Mai 2003 verabschiedeten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien ein. Sie bestätigen die grundlegende politische Position, dass nunmehr militärische Mittel als normales Instrument deutscher Außenpolitik angesehen werden. Noch heute sehen es rotgrüne Spitzenpolitiker als ihren Verdienst an, diese Enttabuisierung des Militärischen in der Gesellschaft der Bundesrepublik durchgesetzt zu haben. Begründet wird diese Wende mit zwei Argumenten: Erstens mit der wiederhergestellten Souveränität Deutschlands durch den Zwei-Plus-Vier-Vertrag und zweitens mit den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Das Erste offenbart ein zwar klassisches, aber eben althergebrachtes oder auch sehr altes Machtverständnis, welches die Souveränität eines Staates an die Fähigkeit zum militärischen Eingreifen außerhalb seines Staatsgebiets gebunden sieht. Eine, wie mir scheint, prinzipiell nicht schlüssige Sicht. Zweitens bleibt die Frage, welche Herausforderungen für die Sicherheit gesehen werden und welches die dafür eigentlich maßgeblich geeigneten Mittel derzeit und in der Zukunft sind. Eine wirklich angemessene differenzierte und friedenspolitische normierte Antwort bleibt die Bundesregierung hier schuldig.

II.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien verweisen auf den Verfassungsauftrag laut Artikel 87a GG, nach dem der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt, und auf die Vereinbarkeit von Auslandseinsätzen damit, seit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1996 Einsätze im Verbund von Systemen kollektiver Sicherheit erlaubte. Dass diese ausdrückliche Bestätigung nun faktisch durch genau jene politische Partei erfolgt, die damals dagegen geklagt hatte, mag mehr Bitternis als Ironie der Geschichte sein. Auch ist die NATO, eigentlich sehr offenkundig ein klassisches Verteidigungsbündnis, damals nur durch eine außerordentlich knappe Richterentscheidung in den Status eines, sonst hinsichtlich der Sicherheitspartner immer inklusiven Systems kollektiver Sicherheit geraten.

Die Richtlinien setzen an der Erkenntnis an, dass Deutschland derzeit und absehbar keinen territorialen Bedrohungen durch konventionelle Streitkräfte ausgesetzt ist. Zugleich wird konstatiert, dass angesichts der neuen sicherheitspolitischen Lage Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Vordergrund stehen. Eine wichtige Einfügung erfasst dabei einen zweiten fundamentalen Aufgabenwandel. Die kleine Einfügung im Satz zu den neuartigen Einsätzen lautet: „auch über das Bündnisgebiet hinaus“. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre dürfte das auch eine Untertreibung sein, da im Territorium des Bündnisses überhaupt keine Einsätze stattfanden. Diese beiden gravierenden Aufgabenveränderungen erfolgen relativ schnellschlüssig. Der berühmt-berüchtigte Ausruf, Deutschland werde nun am Hindukusch verteidigt, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Eine Armee, die auf Verteidigung eines Bündnisterritoriums ausgerichtet war, hat sich binnen eines Jahrzehnts auf weltweite Interventionseinsätze hin orientiert. Damit ist eigentlich alles gesagt. Die Umrüstung erfolgt nach diesen neuen Maßgaben. Deshalb orientieren die Richtlinien auf neue Fähigkeiten. Es geht um:

- Führungsfähigkeit
- Nachrichtengewinnung und Aufklärung
- Mobilität
- Wirksamkeit und Einsatz
- Unterstützung und Durchhaltefähigkeit
- Überlebensfähigkeit und Schutz.

III.

Ich werde diese Konsequenzen wieder aufgreifen und noch weiter ausführen. Zunächst jedoch möchte ich mich kurz dem angewandten Begründungsmuster zuwenden. Es geht um die neuartigen Bedrohungen, die dynamischer Natur seien. Zuerst bleibt festzuhalten, das natürlich die Zeiten des Kalten Krieges vorbei sind und damit die spezifische Sicherheitssituation, an der die Bundeswehr wie auch andere NATO-Armeen ausgerichtet waren. In den neunziger Jahren war dafür auch eine Friedensdividende zu registrieren, als die Streitkräfte verkleinert wurden und Verteidigungsetats sanken. Seit 1999 jedoch gibt es hier weltweit wieder einen Trend zu mehr Rüstung. Nur die monetär begründeten Haushaltsrestriktionen verhinderten bislang eine Erhöhung des Etats in Deutschland und zahlreichen anderen europäischen Staaten. Jedoch ist für 2007 auch in Deutschland eine Steigerung des Rüstungsetats um eine Milliarde Euro auf 25,2 Mrd. vorgesehen. Das außerordentlich Problematische an diesem Trend ist, dass in dem Versuch der Modernisierung der Streitkräfte eine maßgebliche Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gesehen wird. Damit werden jedoch Ressourcen vernichtet, die für andere Ziele fehlen. Corinna Hauswedell vom Bonner Konversionszentrum spricht im Friedensgutachten 2003 vom Militär als „Magnet für Ressourcen. Die Sicherung von Rohstoffen, anderen Finanzquellen und Märkten ist zugleich Objekt und Subjekt, Ziel und Mittel militärischer Aktivitäten.“² Sie verweist auf Kriegsökonomien in vielen Konflikten auf der einen und auf das groteske Ausmaß der staatlichen Militäraufwendungen auf der anderen Seite. So geben die USA im Jahr 2003 mit 379 Mrd. US-Dollar doppelt soviel für ihren Militärhaushalt aus wie alle anderen NATO-Partner, Australien, Japan und Südkorea zusammengenommen. Und das ist 25 mal so hoch wie der Aufwand der so genannten Schurkenstaaten.³ Erinnert sei hier mit Blick auf den lebensnotwendigen Einsatz von Ressourcen an die Beschlüsse des Millenniumgipfels der Vereinten Nationen zur Armutsbekämpfung, für die Zurückdrängung von Massenkrankheiten oder den ausreichenden

² Hauswedell, Corinna u. a., 2003: Friedensgutachten 2003, LIT-Verlag, S. 43.

³ Siehe ebenda.

Zugang zu Trinkwasser. Aber mit Rüstung ist auch, wie die Situation in Südasien zeigt, Wettrüsten verbunden. Eine Spirale, die noch mehr Ressourcen vernichtet. Und schließlich werden das Denken und die Handlungskonzepte auf die vorhandenen neuen Mittel ausgerichtet. Es steigt die Neigung, mittels Einsatzes von Streitkräften Probleme lösen zu wollen.

IV.

Die genannten Entwicklungen und die Rolle der bundesdeutschen Politik dabei sind nicht mehr von den europäischen Integrationsprozessen zu trennen. Von besonderer Bedeutung ist unter dem Fokus der Verteidigungspolitik die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. André Brie hat sich hier schon mit der Friedensverpflichtung und den aktuellen Verfassungsdebatten befasst. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die im Dezember 2003 beschlossene Europäische Sicherheitsstrategie eingehen.

In ihrem Problemverständnis unterscheidet die Strategie nicht zwischen Risiken und Bedrohungen. Sie beschreibt die globalen Problemlagen als Herausforderungen. Als Hauptbedrohungen werden Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Staatsversagen und organisierte Kriminalität angesehen. Die Globalisierung wird mit ihren Chancen und den zugleich entstandenen negativen sozialen Folgen als Herausforderung betrachtet. Dabei entstandene Probleme wie Armut, Hunger, Krankheiten und Gesellschaftszerfall seien oft mit Gewaltkonflikten verbunden. Gleichwohl werden weder Ursachen noch verantwortliche Akteure analysiert. Die Ressourcenfrage erscheint als Wettstreit a priori in Konflikt- und damit Negativperzeption. Sie ist so nicht als Verteilungsproblem eingeordnet, aus dem erst bei entsprechendem politischem Missmanagement Konflikte und gegebenenfalls gewaltförmige Auseinandersetzungen entstehen können. Es erfolgt auch kein Blick auf mögliche Alternativen zu fossilen Energieträgern, obwohl Europa derzeit - und ohne ökologische Wende auch absehbar - gerade von Erdöl- und Erdgaslieferungen abhängig ist. Eine solche Sicht jedoch kann zu falschen Schlussfolgerungen führen, die vorrangig auf die Sicherung des entsprechenden Ressourcenzugangs und weniger auf die eigentlich notwendige Energiewende zielen.

In der Sicherheitsstrategie erhält der Terrorismus in seiner neuen, das heißt globalen und religiös extremistischen Form, eine dominante Stellung. Er ist die erstgenannte Bedrohung und wird in Verbindung mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als potenziell

größte Gefahr definiert. Zugleich werden in differenzierter Weise komplexe Ursachen bis hin zu allgemeinen Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung als Ursachen herausgearbeitet. Nachdrücklich verweist die Strategie auf die vielfältigen negativen Wirkungen von regionalen Konflikten, um hier wichtige Anknüpfungspunkte zum Handeln angesichts der diffusen Bedrohungslage zu definieren. Das Problem scheiternder Staaten wird unter dem Gesichtspunkt daraus entstehender Gefahrenherde und regionaler Instabilität betrachtet. Vor allem jedoch sieht die EU dadurch die globale Politikgestaltung erschwert, wenn ein Staat in seiner Funktion als real handlungsfähiger Kooperationspartner verschwindet. Leider gibt die Bedrohungsanalyse keine differenzierte Auskunft zur Lage, woraus sich Schwierigkeiten für entsprechende Handlungsoptionen und Instrumentarien ergeben. Die allgemeine Aussage, dass für Europa sehr ernste Bedrohungen vorstellbar sind, folgt eher allgemeiner Unsicherheitshysterie als rationaler Analysekompetenz. Es ist nicht erkennbar, was mehr und was weniger konkret bedrohlich ist und was eher als allgemeines Risiko bezeichnet werden sollte. Damit stehen dem umfassenden Sicherheitsbegriff letztlich eine undifferenzierte Bedrohungsanalyse und eine im Konkreten einseitig militärische Instrumentenentwicklung gegenüber. Dies führt zu dem hier schon erwähnten Drang zur Erhöhung der Rüstungsbudgets. Zu kritisieren ist auch, dass selbst wenn man das konzeptionell angelegte komplexe Herangehen der EU im Konfliktmanagement betrachtet, die militärischen Aspekte nicht einmal mehr als Ultima ratio und damit als extremstes – normativ formuliert, möglichst zu vermeidendes, Mittel gekennzeichnet sind. Es werden überdies keinerlei Kriterien bzw. Bedingungen für den Einsatz militärischer Gewalt definiert. Und trotz aller Bezüge auf das Völkerrecht und auf die Vereinten Nationen existieren weder rechtliche, noch räumliche, noch zeitliche oder kapazitive Selbstverpflichtungen oder Einschränkungen. Letztlich ist die Bindung an die UN-Charta nicht explizit und eindeutig verbindlich bestimmt. Damit eröffnen sich höchst problematische Spielräume, die zwar nicht in der Logik des Sicherheitsansatzes liegen, aber eben auch nicht ausgeschlossen sind. Übrigens lassen sich die gleichen Kritiken auch für die Verteidigungspolitischen Richtlinien formulieren.

Mit sachlichem und differenzierendem Blick ergeben sich aber auch einige Anknüpfungspunkte für die politischen Auseinandersetzungen. So dokumentiert die Europäische Sicherheitsstrategie ein zivileres Verständnis von Weltpolitik und setzt deutlich auf den Präventionsgedanken. Die multilaterale Orientierung des Papiers, seine zentrale Ausrichtung am Völkerrecht und an den Vereinten Nationen heben sich gerade in Zeiten der unilateral angelegten US-Präventivkriegsstrategie deutlich als Alternativoption ab. Zumindest bietet die europäische Form des komplexen Umgangs mit Konfliktsituationen die Möglichkeit

zur Entfaltung politischer, diplomatischer und anderer ziviler Potenziale sowohl im Vorfeld als auch in *post conflict*-Situationen.

V.

Liebe Friedensfreunde, lasst mich abschließend noch einmal auf Konsequenzen der Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Bundeswehrreform zurück kommen. Als wesentlich werden in Konfliktsituationen multilaterale oder kooperative Prinzipien angesehen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sie mit verschiedenen Partnern zu agieren hat. Das zeigen auch die Erfahrungen der bereits absolvierten Auslandseinsätze oder der derzeit sieben laufenden Einsätze mit ca. 7.300 Soldaten. Dabei wird ein Set von Instrumenten angewandt. Ein Element neben dem Aufbau von Zivilverwaltungen, Rechtsstaatssystemen und anderen Einrichtungen ist das militärische. Die Einsätze erfolgten von Fall zu Fall unterschiedlich: im Rahmen der NATO wie derzeit in Afghanistan, transatlantisch wie am Horn von Afrika, im EU-Rahmen wie in Kongo oder im EU-Rahmen mit Zugriff auf NATO-Führungskapazitäten in Mazedonien. Zugleich arbeiten jeweils verschiedene internationale Organisationen in diesen Gebieten. Wir haben es in diesem Kontext mit unterschiedlichen Funktionen für die Bundeswehr zu tun: von der Sicherheitspräsenz bis zu Kampfeinsätzen.

Beleuchten wir vor diesem Hintergrund die Verteidigungspolitischen Richtlinien: Sie fordern einen Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Integration der EU bei Beibehaltung entsprechender NATO-Partnerschaft und orientieren auf die Anpassung der Fähigkeiten an die neue breite Aufgabenpalette.

Die Konsequenzen auf der militärischen Seite sehen so aus:

Die Absenkung der Personalstärke von derzeit 270.000 Uniformierten auf 250.000 und der Zivilbeschäftigten von 120.000 auf 75.000 sowie die Reduzierung der Standorte von derzeit 612 auf dann ca. 400 wird begleitet von einer massiven Umstrukturierung. Diese soll 2010 abgeschlossen sein. Kern der neuen Struktur sind die 70.000 Soldaten umfassenden *Stabilisierungskräfte*, die Operationen mittlerer und niedriger Intensität ausführen sollen. Sie werden für bis zu fünf Einsatzgebieten die bekannten Sicherheitspräsenzen mehr oder weniger robust stellen. Das zweite Strukturelement sind die 147.500 Soldatinnen und Soldaten der *Unterstützungskräfte*, die Ausbildungsfunktionen, Grundbetrieb, klassische Verteidigung und Unterstützung aller Einsätze sicherstellen sollen. Das dritte Element der Struktur ist das militärisch modernste und damit auch im Hinblick auf die dafür notwendigen Rüstungen teuerste: 35.000 Soldaten der *Eingreifkräfte*, die so genannte Operationen hoher Intensität

ausführen können sollen⁴.

Ich gehe aus Zeitgründen hier nicht weiter auf die geplanten multinationalen Verbände, die EU- und die NATO-Eingreiftruppen ein, die mit starker deutscher Beteiligung rechnen können (einmal 18.000 RRF und einmal 15.000 NATO Response Force) und zu denen noch niemand sagen kann oder will, wie dies alles konkret sichergestellt werden soll. Auch ist aus der Logik der neuen Struktur, der angestrebten Truppenstärke, der Aufgaben und aus dem sicherheitspolitischen Umfeld die Wehrpflicht nur noch ein unhaltbarer Anachronismus. Selbst für die neue Struktur sind einige Rüstungsprojekte wie der Eurofighter, der Kampfpanzer Leopard 2 A6 und die neuen U-Boote U212A im Grunde völlig unbrauchbar. Es handelt sich dort also direkt um Umsetzungen von Profitinteressen der an dieser Produktion verdienenden Rüstungskonzerne.

Das Entscheidende ist aus den eben genannten Größenordnungen erkennbar. Der Auftrag, künftig alle denkbaren Varianten von Interventionen ausführen zu können, wird umgesetzt. Dabei besitzen zwar die Operationen mittlerer und niederer Intensität allein aus pragmatischen und empirischen Gründen Priorität. Und dafür werden mit dem A 400M auch Lufttransportkapazitäten und neue sichere Einsatztransportfahrzeuge angeschafft. Dennoch will ich die Aufmerksamkeit auf die Einsatzkräfte lenken. Ihr Einsatz wird den neuen Konzeptionen des streitkräftegemeinsamen Einsatzes folgen. Unter dem Stichwort Transformation wird – US-amerikanischem Vorbild folgend (in dieser Woche konnte sich der ZDF-Fernsehzuschauer davon in einer zweiteiligen Dokumentation ein Bild machen) der moderne Krieg vorbereitet⁵. *Network centric warfare*, die Vernetzung der vernetzten Systeme, Teilstreitkräfte übergreifende Einsätze mit Präzisionswaffen, modernster Aufklärung, Kommunikation und Führung sollen die militärische Antwort auf asymmetrische Gefährdungen sein oder den perfekten Krieg zur Durchsetzung eigener Ordnungs- und Sicherheitsvorstellungen möglich machen. Doch der Preis dafür ist sehr hoch. Und die Erfahrung lehrt, es gibt keinen perfekten Krieg. Der moderne Krieg und die Vorbereitung darauf sind ungleich teurer als alternative strukturelle Prävention. Sie vergeuden anderweitig nötige Ressourcen, sie heizen Rüstungsspiralen an und drängen zu falschen politischen Handlungslogiken. Gerade, wenn unter dem Stichwort Interoperabilität die Fähigkeiten zum gemeinsamen Handeln mit den US-Streitkräften eingefordert werden und wenn die modernen

⁴ BMVG, 2003: www.bundeswehr.de/forces/print/040319_kraefte.php, Zugriff am 23.3.2004.

⁵ BMVG, 2003: www.bmvg.de/sicherheit/transformation/print/040218_transformation.php, Zugriff am 23.3.2004.

Einsatzkräfte eben dem US-Konzept folgen, liegt die Gefahr eines Einsatzes auch in der Logik der US-Politik auf der Hand. Dem gefährlichen Kurs unilateraler US-Politik muss aber das umfassende Potenzial der Zivilmacht Europa als alternative Handlungsoption im internationalen Beziehungsgeflecht entgegengesetzt werden. Um eine solche strukturell präventive, multilaterale, völkerrechtsbasierte, zwischen Entwicklungs-, Handels-, Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik abgestimmte, zivil orientierte und die Vereinten Nationen stärkende Politik Deutschlands und der Europäischen Union geht es. Das ist die Herausforderung, der sich die Regierung und die Gesellschaft stellen müssen. Hier liegt eine zentrale Verantwortung für die Friedensbewegung.

Aus der Diskussion

Martina Schwinkendorf

B7 – ISLANDS NETWORK – ZUSAMMENARBEIT FÜR FRIEDEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns über die Einladung zu dieser Friedenskonferenz gefreut. Sie zeigt uns, dass man uns wahr genommen hat und unsere Arbeit schätzt, weil sie zu einer friedlichen Entwicklung im Ostseeraum beiträgt. Ich möchte Ihnen die B7-Organisation vorstellen als ein praktisches Beispiel für Zusammenarbeit im Ostseeraum. Was also ist B7? Wer gehört dazu?

B7 ist eine Organisation, in der sieben große Ostseeinseln zusammen geschlossen sind. Neben Rügen sind das Bornholm (DK), Gotland und Öland (S), die Åland-Inseln (Autonomer Archipel, zu Finnland gehörend) sowie Hiiumaa und Saaremaa (EE).

Die B7-Organisation ist ein Netzwerk im Ostseeraum, das wie sicher viele andere aufgebaut ist : Es gibt eine Jahreskonferenz, einen Lenkungsausschuss, ein koordinierendes Board und Arbeitsgruppen, die konkrete Projektarbeit leisten. B7-Gremien, in denen alle Inseln mit jeweils einem Mitglied vertreten sind, treffen sich zwei bis fünf mal jährlich zur Festlegung der konkreten politischen Zielstellungen, zur Koordinierung der Arbeit, zu Projektvorbereitungen. Es bestehen ständige Mail- und Telefonkontakte zwischen allen und intensive Arbeitskontakte. Der Vorsitz, den immer eine Insel inne hat, wechselt jährlich. In

diesem Jahr ist es Rügen, wo ein umfangreiches Jahresprogramm mit Veranstaltungen und Konferenzen statt findet.

1989, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, haben sich Vertreter der Regionalverwaltungen der skandinavischen Inseln aufgemacht, die neu entstandenen Möglichkeiten im Ostseeraum in einer konkreten Zusammenarbeit zu nutzen, um zuerst die estnischen Inseln Hiiumaa und Saaremaa mit ihrem Wissen und Erfahrungen im neuen Europa zu unterstützen. Die Insel Rügen trat dieser Gemeinschaft 1993 bei. Man wollte, dass die Ostsee die Inseln nicht länger voneinander trennen, sondern sie ab sofort miteinander verbinden sollte. Seitdem vertritt die B7-Kooperation die Interessen von ca. 275.000 Menschen, die auf 11.500 km² leben.

Was wollen die B7?

Unsere Vision lautet: „Die Insulaner sind reicher, leben glücklicher und zufriedener. Sie bestimmen ihr Schicksal selbst immer bewusster als 2001.“

Daher wollen die B7 zum Nutzen der Inseln und ihrer Bewohner auf vielen Gebieten zusammen arbeiten. Weil man gemeinsam stärker ist und aufgrund ähnlicher Bedingungen auch ähnliche Interessen hat, kann man mit einer Stimme lauter sprechen.

B7 definiert zwei Hauptrichtungen ihrer Arbeit:

1. Politische Zusammenarbeit zur Einflussnahme in Brüssel z. B. zur Berücksichtigung spezieller Inselinteressen/-nachteile durch Insellage – Randlage; auf die Gestaltung von Richtlinien der Strukturförderung; wollen die B7 über Lobbyarbeit bei den nationalen Regierungen, in Brüssel, mit dem Ostseerat – die B7 ist Teilnehmer mit Sonderstatus – das maximal Mögliche zum Nutzen der Region und der Bewohner erreichen.

Politische Zusammenarbeit aber auch zur Stärkung der Region selbst, zur gemeinsamen Lösung von Problemen: So wird ganz praktisch auf einer Maritimen Sicherheitskonferenz am 13./14. Mai 2004 in Trelleborg nach Wegen gesucht, wie man im Katastrophenfall– Auslöser war die Havarie des chinesischen Frachters Anfang letzten Jahres vor Bornholm – in der Region schnell, unkompliziert und effektiv vorgehen kann, um Situationen wie nach der Prestige-Havarie vor Spanien vorzubeugen.

Oder politische Zusammenarbeit zur gemeinsamen Suche nach Lösungen für gemeinsame Themen wie Umwelt- und Naturschutz/Tourismus. Eine Konferenz „Naturschutz und nachhaltiger Tourismus“, die vom 7. bis 9. September 2004 auf der Insel Vilm statt finden wird, soll Politiker und Akteure der Regionen zusammen führen und für diese wichtigen Themen sensibilisieren.

Weitere prioritäre Themen, für die sich die B7 einsetzen, sind z. B. Chancengleichheit von Inseln bei Transport- und Verkehrslösungen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Jugend, Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten auf den Inseln oder die Entwicklung einer nachhaltigen und möglichst vielfältigen Inselwirtschaft.

2. People-to-People-Zusammenarbeit: Die Basiskooperation zwischen den Bewohnern in allen Lebensbereichen zu aktivieren bzw. neues zu initiieren. Hier gibt es bereits viele Aktivitäten, so im Jugendbereich – Begegnungen von jungen Sportlern – Internationale Ostseespartakiade, jetzt B7-Games – jungen Musikern, Volkskünstlern, Schülern; im Erwachsenenbereich – Kontakttreffen für KMU zum Austausch über regionale Marketingerfahrungen, für Vereine, Organisationen, Künstler und Kunsthandwerker, Volkshochschulen zum Erfahrungsaustausch und in Vorbereitung konkreter Kooperationen z. B. für Lehrlingsaustausche, Praktika, gemeinsame Sprachausbildung u. v. a. m. So viel über die B7-Organisation, ihre Ziele und Aktivitäten. Eigentlich spricht diese Aufzählung für sich. Trotzdem will ich es so zusammen fassen: Eine aktive Zusammenarbeit, wie wir sie tatsächlich pflegen, bedingt, dass man ständig im Dialog ist über Probleme, deren Lösung und die zukünftige Entwicklung der gesamten Region. Der alltägliche Umgang mit einander und das Wissen von- und übereinander wird zunehmend zur Normalität für die Insulaner. (Obwohl noch immer erklärt werden muss, welche Inseln zu B7 gehören und wo Hiiumaa eigentlich liegt, sind wir auf einem guten Weg). Wir kennen und verstehen unsere Nachbarn recht gut, wir verkehren ständig und normal mit ihnen, wir reden mit einander, wir sind uns eben nicht mehr fremd.

Wir haben kein Interesse an unfriedlichen Auseinandersetzungen untereinander und auch von außen kann eine solche Gemeinschaft wie unsere sicher sehr viel schwerer zu einem unfriedlichen Gegeneinander bewegt werden. Wir haben zwar den „Frieden in der Region“ nicht ausdrücklich als eines unserer Ziele formuliert, wir arbeiten aber ständig praktisch daran. Unsere Zusammenarbeit trägt zu einem friedlichen Miteinander in der Region bei und die wollen wir auch künftig intensiv weiter führen.

Lothar Schröter

Anspruch versus Logik militärischer Machtentfaltung der Europäischen Union

Im Juni 1992 umrissen die „Petersberger Aufgaben“ die denkbaren militärischen Einsatzvarianten der EU. Danach sollten Truppen eingesetzt werden können für:

- „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze,
- friedenserhaltende Einsätze sowie
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen...“⁶

Meine These: Dieser Aufgabenkanon zielt einzig und allein darauf ab, die EU machtpolitisch, d. h. militärisch handlungsfähig zu machen.⁷ Darauf weist die tatsächliche Gewichtung der „Petersberger Aufgaben“ hin. Untersuchen wir sie.

An die erste Stelle wurden humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze befördert. Es wird der Eindruck erweckt, als handle es um die den EU-Streitkräften zugeordnete wichtigste Aufgabe. Es liegt nahe, dass in erster Linie Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie von Infrastrukturanlagen und Ressourcen bei und nach Katastrophen, so auch nach kriegerischen Auseinandersetzungen, gemeint sind.

Für all das werden militärische Kontingente entweder überhaupt nicht bzw. äußerstenfalls nur kleine Spezialeinheiten gebraucht. Eine Truppe von 60.000 bis 180.000 Mann, wie sie die EU plant, scheidet dafür jedenfalls aus. Zur Bekämpfung von Katastrophen und zur Nachsorge eignen sich vielmehr Formationen am besten, die dafür speziell vorbereitet und ausgestattet sind. Das sind nicht Streitkräfte, die für die Anwendung bewaffneter militärischer Gewalt ausgerüstet und ausgebildet werden, sondern Kräfte der Zivilverteidigung. Im Vergleich zu diesen sind Truppen bei Katastrophen dazu noch erheblich kostenintensiver.

In Deutschland gibt es die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).⁸ Sie ist das Kernstück des Katastrophenschutzes im gesetzlich 1997 und 2002 nach dem Kalten Krieg neu

⁶ Zit. nach: Vertrag über die Europäische Union (EU). Vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 2. Oktober 1997, in: Thomas Laufer (Hrsg.); Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleittexten, Bonn 1999, S. 28.

⁷ Siehe Roland Wegener: Ein bedeutendes Jahr. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte zur Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union (WEU), in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, Heft 6/1999, S. 429.

⁸ Das THW zählte Ende 2003 62.000 aktive Mitglieder, Helfer genannt. Sie sind in 665 Ortsverbänden organisiert und auf 810 Technische Züge mit je 40 aktiven und 60 Reservehelfern aufgeteilt. Dazu gibt es Schnell-Einsatz-Einheiten für Bergungseinsätze im Ausland. Das THW verfügt über 6.000 Fahrzeuge unterschiedlichster Zweckbestimmung. Bei der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Jahre 2002 leisteten 24.000 THW-Helfer 900.000 Arbeitsstunden bei der Bekämpfung der Flut.

geregelten Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland.⁹ Das THW ist grundsätzlich in der Lage, für die Abwehr und die Bewältigung von Natur-, technischen und anderen Katastrophen heran gezogen zu werden. Mehr noch: Durch die hohe Qualifikation der THW-Helfer könnten sich sogar einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, derartigen Unglücken vorzubeugen. Humanitäre Aufgaben könnten aber auch in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, einschließlich Trinkwasser, in der Betreuung von Flüchtlingen, im Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder in der Förderung von Entwicklung, also in der Entwicklungshilfe, bestehen.

Warum soll man dies alles Streitkräften übertragen? Ist es nicht sehr viel zweckmäßiger, die dazu schon bestehenden diversen Organisationen – Rotes Kreuz, Gelbes Kreuz, Blaues Kreuz, Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und andere Entwicklungshilfeorganisationen – und mit ihnen die Katastrophenhilfsorganisationen im gesamten EU-Raum endlich so finanziell und technisch auszustatten, dass sie den tatsächlich für sie anstehenden Aufgaben auch gerecht werden können? Das würde die Staatshaushalte im Übrigen finanziell weit weniger belasten, als wenn man diese wesensfremde Aufträge Armeen zuteilt. Zudem: Hilfsorganisationen werden als solche gleich erkannt. Rücken Truppen an, wird das Misstrauen nie gänzlich überwunden werden können. Hilfsaufgaben den dafür am besten geeigneten zivilen Trägern zu übergeben, d. h. sie dorthin zu verweisen, wo sie hin gehören, würde schließlich und vor allem ein Beitrag zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen sein.

Blieben bei den humanitären noch Sicherungsaufgaben. Sollte man dafür nicht besser Polizeiformationen vorsehen? Polizeien sind fast ausschließlich nach innen gerichtete Organe des zivilen Staates. Sie sind kein Militär, welches ein Instrument der Außenpolitik ist. Und so wird das in eventuellen Einsatzräumen auch verstanden. Mittlerweile liegt ja auch die positive Erfahrung aus Namibia vor. Dort ging 1989 die Mission der Polizeien beider deutscher Staaten, dazu noch in einer früheren deutschen Kolonie, bei der Absicherung des Übergangs zu Unabhängigkeit und Demokratie mit Erfolg zu Ende.

Schlussfolgerung: Wer Professionalität bei effektivsten finanziellen Mitteleinsatz will, muss bei den eigentlich fast ausschließlich unbewaffneten humanitären Aufgaben zivile Kräfte vorsehen – oder er will etwas anderes.

⁹ Zum Zivilschutz zählen im Weiteren die Feuerwehren (Fw), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser-Hilfsdienst (MHD).

Die zweite der „Petersberger Aufgaben“ sollen „friedenserhaltende Einsätze“ sein. Von der Semantik her bedeutet das, dass es noch keine Kämpfe bzw. dass es einen Waffenstillstand, gibt. In der Tat kennt die Zeitgeschichte eine Reihe derartiger Einsätze. Und in der Tat kommen dafür auch Streitkräfte in Frage. Dann, wenn sich die Konfliktparteien darauf verständigt haben, zusätzlich zu politischen Vermittlungen Truppen anderer Staaten in die Kampfgebiete zu lassen, um die Gegner räumlich auf Distanz zu halten, so die Situation zu entschärfen und politische Lösungen zu erleichtern. Derartige Missionen sind u. a. als UNO-Blauhelm-Missionen bekannt.

UNO-Blauhelme sollten aber nur von Staaten zur Verfügung gestellt werden, die keine unmittelbaren politischen Interessen im Verhältnis zu den streitenden Seiten bzw. in der Region des Streits haben. Es waren also bisher in der Regel Kontingente aus kleineren, nichtpaktgebundenen Staaten. Die EU als politische, wirtschaftliche und künftig – wie angestrebt – auch militärische Großmacht kann dafür demzufolge nicht in Frage kommen. Als ehrlicher Makler wird die EU in kaum einem Konflikt akzeptiert werden, da sie mit Nachdruck weit über Europa hinaus reichende politische und ökonomische Interessen verfolgt. Es wird nirgends gelingen, die Zweifel mindestens einer, wenn nicht aller Konfliktparteien auszuräumen, wenn EU-Truppen in Krisengebiete geschickt würden.

„Friedenserhaltende Einsätze“ in der EU-Begriffswelt könnten sich aber auch weit über die bisherigen UNO-Blauhelmissionen hinaus erstrecken. Sie könnten z. B. auch die Teilnahme an Entwaffnungen, an der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Kriegsverbrecher, bei der Wiedereingangsetzung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, eingeschlossen die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit und der staatlichen Ordnung, beinhalten. Doch dieses Spektrum umfasst auch hier ausnahmslos polizeiliche und nicht militärische Aufgaben. Alle NATO-Mächte kennen die aus politischen und einsatztaktischen Gründen dringend gebotene Trennung von Polizei und Militär.

Die Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, dass derartige „friedenserhaltende Einsätze“ von Streitkräften schon aus eigenem Interesse kaum für längere Zeit ins Kalkül gezogen werden. Die nun schon über Jahre anhaltende militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo widerspricht dem nur scheinbar. Denn: Vorgesehen nach einer „Befriedung“ ist grundsätzlich etwas anderes. Allerdings fehlten dafür bislang ausreichende Voraussetzungen. Vorgesehen ist die schnellstmögliche Umstellung besetzter Territorien von einem militärisch zu einem zivil beherrschten Protektorat. Das bedeutet, dass auf Soldaten

und Panzer Polizisten und Beamte folgen sollen. Die Planungen der EU sehen deshalb jetzt auch vor: 5.000 Polizisten, 200 Justizbeamte, 2.000 Katastrophenschutzkräfte, bis zu 2.000 Mann vor allem an Spezialkräften sowie in größerem Umfang Verwaltungspersonal.¹⁰

Kürzlich kam sogar der Vorschlag, eine europäische Gendarmerie aufzustellen, die, wie in einer Reihe von EU-Staaten, unterhalb direkter militärischer Szenarien heran gezogen werden könnte. Als kasernierte Truppe würde sie die Lücke zwischen der Polizei im Einzeldienst und den Streitkräften schließen.

Das ist keine bloße Theorie mehr: Als das Militär im mazedonischen Satellitenstaat entbehrlich schien und die Operation „Concordia“¹¹ am 15. Dezember 2003 endete, folgte ihr unmittelbar die EU-Polizeimission „Proxima“.¹²

Bei der Analyse der zweiten, also scheinbar zweitwichtigsten der „Petersberger Aufgaben“, der „friedenserhaltenden Einsätze“, kann man deshalb eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Es handelt sich dabei um befristete Aufgaben, in der Regel um Besatzungsaufgaben. Sie sollen in der Regel nur so lange wahr genommen werden, wie in den Besatzungsgebieten eine Gefährdung durch militärisch handlungsfähige Gegner existiert.

Bleibe die dritte Aufgabe: „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“. Sie sind ganz unübersehbar der Kern bei der Militarisierung der EU. Die im Dezember 2003 verabschiedete so genannte Europäische Sicherheitsstrategie sieht vor, „aktiver“ und mit der gesamten Palette der Instrumente, notfalls also mit aller für notwendig erachteten Gewalt, überall auf der Welt einzugreifen, wenn die Interessen der EU bedroht sind. Nach offizieller Lesart gehören dazu die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Auflösung staatlicher Strukturen, Bevölkerungsbewegungen oder die organisierte Kriminalität. Es braucht nicht ausargumentiert zu werden, wie rasch Begründungen daraus zu Hand sein werden, wenn Einsätze beschlossen werden sollen.

Die in der Entwicklung begriffenen militärischen Fähigkeiten der EU richten sich an dieser Aufgabe aus, nicht oder kaum an den ersten beiden. Davon wird auch die Zukunft der Bundeswehr bestimmt. Es ist charakteristisch, dass der erste von vier Punkten des Auftrags der deutschen Streitkräfte nach den am 21. Mai 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen

¹⁰ Siehe Claus-Peter Müller: Nachrichten aus Brüssel, in: Europäische Sicherheit, Bonn, Heft 12/2003, S. 29.

¹¹ Siehe Hans-Georg Ehrhart: Die „Operation Concordia“ als weiterer Schritt zur ESVP. in: Ebenda, Heft 9/2003, S. 7 f.

¹² Siehe: Auf Concordia folgt Proxima. Die EU-Mission in Mazedonien: Nunmehr Polizei statt Militär, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 16. Dezember 2003, S. 5.

Richtlinien sich eben nicht auf humanitäre, Rettungs- und friedenserhaltende Einsätze gemäß dem Petersberger Spektrum bezieht, sondern lautet: „...sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit“¹³ Deutschlands. Und bei den Aufgaben der Bundeswehr – auch im Unterschied zu Petersberg – steht an erster Stelle: „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus – sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße.“¹⁴ Entsprechend ordnete Verteidigungsminister Peter Struck am 13. Januar 2004 seine Wegmarken für die Weiterentwicklung der Bundeswehr. Der streitkräftegemeinsame Ansatz unterscheidet danach (in dieser Reihenfolge!) Eingreifkräfte für „friedensschaffende“ Einsätze (35.000 Mann), dann Stabilisierungskräfte für „friedenserhaltende“ Einsätze (70.000 Mann) und dann erst Unterstützungskräfte für alle anderen militärischen Aufgaben (137.500 Mann). Eine klare Gewichtung zugunsten der Positionen drei und zwei (in dieser Reihenfolge!) der „Petersberger Aufgaben“ also; von Aufgabe eins ist erst gar nicht die Rede. Bis zu 14.000 Bundeswehrsoldaten sollen künftig dauerhaft in Auslandseinsätze entsandt werden können – mehr als das Doppelte von heute.

Es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, und das entspricht auch der zwingenden militärischen Logik, dass die gemeinsamen Streitkräfte der EU – wie alle Streitkräfte – also in aller erster Linie auf Kampfeinsätze vorbereitet werden. Mit „Krisenbewältigung“ und „friedensschaffenden Maßnahmen“ ist militärischer Interventionismus¹⁵ „out of area“ gemeint, einzig und allein geleitet durch politische und wirtschaftliche Interessen.¹⁶ Deshalb war schon vor einigen Jahren in einer vom Bundesverteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift zu lesen, dass „es bei einer Intervention wahrscheinlich primär um die Durchsetzung von nationalen und Bündnisinteressen ... gehen (dürfte), z. B. Sicherung der Energieversorgung, Stärkung demokratischer Kräfte o. ä.“ „In der Regel dürfte es die dauerhafte Änderung der politischen Absichten der gegnerischen Seite implizieren, sei es

¹³ Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 2003, S. 27.

¹⁴ Ebenda, S. 28.

¹⁵ Nach einer offiziellen deutschen Begriffsbestimmung ist Interventionismus eine „Politik der ständigen Einmischung mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates oder (einer – L.S.) Staatengemeinschaft.“ (Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Harald Kujat/Karl H. Schreiner/Oliver Bruzek: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. vollst. überarb. Aufl., Hamburg/Berlin/Bonn 2000, S. 159.)

¹⁶ Siehe Lothar Schröter: Nach dem neuen Denken ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? Friedenspolitische und militärische Aspekte des modernen Interventionismus, in: Reinhard Brühl/Lothar Schröter (Hrsg.): Stahlhelm, Blauhelm, Friedenstaube. Friedenssicherung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Schkeuditz 2001, S. 123-142.

durch Einsicht – was nur selten oder gar nicht der Fall sein dürfte, wenn man sich die Lage im ehemaligen Jugoslawien vergegenwärtigt – oder durch direkte militärische Gewalt gegenüber der gegnerischen Führung.“¹⁷ Die so genannte Europäische Sicherheitsstrategie¹⁸ legt ganz in diesem Sinne das Schwergewicht auf die „globalen Herausforderungen“. Die Abhängigkeit und auch Anfälligkeit Europas von vernetzten Infrastrukturen u. a. in den Bereichen Verkehr, Energie und Information habe sich erhöht. Besonderen Anlass zur Besorgnis gäbe die Energieabhängigkeit des Kontinents. Dazu kämen der Wettstreit um andere Naturressourcen sowie die Konsequenzen von Bevölkerungsbewegungen. Offensichtlich soll das europäische Militär also primär auf diese im weitesten Sinne ökonomischen Aspekte ausgerichtet werden.

Angesichts der dramatischen Erfahrungen der Interventen im Irak, in Afghanistan und partiell in den jugoslawischen Nachfolgestaaten wird jetzt aber mehr und mehr nach einer schlüssigen Konzeption für die Zeit nach der Intervention bzw. nach einem mehr oder weniger, aber gewollt raschen militärischen Sieg nachgedacht.¹⁹ Das ist nicht neu²⁰ und firmiert heute in aller Regel unter dem Terminus „Nation Building“ oder „State Building“. Es wird suggeriert, als wolle man nach Krieg und Chaos und Diktatur eine Staatwerdung auf demokratischer Grundlage herbei führen. In der ersten Phase dessen „bleiben Besatzungstruppen im Land stationiert, die für die innere und äußere Sicherheit sorgen und den Aufbau einheimischer Streitkräfte und Sicherheitsorgane unterstützen. Auch wird die Verwaltung anfangs überwiegend oder teilweise von ausländischen Administratoren geleitet und erst allmählich in einheimische Hände übergeben.“²¹ Der Autor des Zitats kommt um die Einschätzung nicht herum, es sei ein „Protektoratsmodell“ angewandt worden. Es geht also um die Implantierung von Varianten des kapitalistisch-neoliberalen Staats- und Gesellschaftssystems oder/und um die Errichtung von Vasallenregimes. Der Direktor des neokonservativen Instituts für

¹⁷ Fred Bünz: Hoher Einsatz. Überlegungen zum Risiko-Kalkül beim Einsatz von Streitkräften, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, Heft 9/2000, S. 563.

¹⁸ Siehe: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, in Internet: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html. Das Dokument lehnt sich in seiner Anlage unüberschbar an das USA-Vorbild an. (Siehe: Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 17. September 2002 [gekürzt], in: Internationale Politik, Bielefeld, Nr. 12/2002, S. 113-138.)

¹⁹ Militärtheoretiker und Militärs verlangen beim Interventionismus faktisch eine Neuauflage der Blitzkriegsdoktrin, weil ohne einen raschen militärischen Sieg – aus verschiedenen Gründen – schnell das politische Ziel unerreichbar wird. (Siehe Lothar Rühl: Von der Landesverteidigung zur Interventionsmacht. Die Wandlung der europäischen Seestreitkräfte, in: Ebenda, Nr. 7/2002, S. 25.)

²⁰ Für seine Zeit hatte der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg erkannt: „Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, dass, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann.“ (Zit. nach: Willibald Gutsche: Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856-1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin [Ost] 1973, S. 102.)

²¹ Heinz Kluss: Nationenbildung – Aufgabe des 21. Jahrhunderts? In: Europäische Sicherheit, Bonn, Heft 12/2003, S. 46.

strategische Studien an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts und einer der Vordenker der aggressiv-reaktionären Bush-Administration Stephen P. Rosen sprach es offen aus: „... unser Ziel (ist) nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Stellung und der imperialen Ordnung“. „Im Verhältnis zur Sowjetunion musste der Krieg vermieden werden ... Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung unterliegen solcher Einschränkung nicht.“²²

Kein geringerer als der frühere UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali nannte die Dinge beim Namen, als er die Führung in Washington als „US-amerikanische Neo-Imperialisten“ bezeichnete.²³ Der heutige Imperialismus²⁴, der nicht nur in den USA existiert, könnte dabei im Zeitalter der Globalisierung auch als Globalisierungs-Kolonialismus bezeichnet werden. Er unterscheidet sich vom klassischen Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts und vom Neokolonialismus der letzten 40 Jahre des 20. Jahrhunderts dadurch, dass er zu den gewaltsamen Methoden der Unterwerfung zurück kehrt und dies nicht nur in den früheren Kolonialgebieten, sondern auch in Regionen, in denen es keine Kolonien gab bzw. die ehemals zur so genannten zweiten Welt gehörten. Der Globalisierungs-Kolonialismus ist damit so weltumspannend, wie es der klassische und der Neokolonialismus nie waren. Mit ihrer Militarisierung macht die EU klar, dass sie sich daran beteiligen will.

Petra Pau

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Haltung der PDS im Deutschen Bundestag zur Frage Krieg und Frieden

1. Vor einiger Zeit bekam ich eine E-Mail von Gerry Woop. Er sprach ja heute Vormittag über die verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD im europäischen Kontext.

²² Zit. nach: „...bestraft wird, wer das Empire herausfordert“, in: Neues Deutschland, Berlin, 1./2. Februar 2003, S. 6.

²³ Siehe Boutros Boutros-Ghali: Das Nachkriegsdilemma. Über den Unilateralismus der USA, in: Ebenda, 28. April 2003, S. 2.

²⁴ In verblüffender Ähnlichkeit mit Definitionen aus dem linken politischen Spektrum wird in einem offiziellen militärischen Sachwörterbuch Imperialismus gekennzeichnet als „Streben eines Staates nach Macht über andere Staaten, bis hin zur Weltherrschaft. Mittel imperialistischer Politik reichen vom Aufbau wirtschaftlicher Abhängigkeiten über politische Maßnahmen wie Protektorate, Entsendung von politischen und militärischen Beratern, bis zum Einsatz militärischer Gewalt mit dem Ziel der vollständigen Unterwerfung.“ (Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Harald Kujat/Karl H. Schreiner/Oliver Bruzek, a. a. O., S. 151.)

Sinngemäß riet mir Gerry Wopp darin, ich solle nicht zu dick auftragen. Anlass war ein Pressegespräch der PDS im Bundestag. Dabei hatte ich unter anderem erklärt: „In der Krieg-Frieden-Frage erlebe ich im Bundestag drei Trends: a) die Normalisierung des Militärischen, b) die Entdemokratisierung des Politischen, c) die Veräußerung der Verantwortung.“ Ich bleibe bei dieser Zusammenfassung. Zum einen, damit wir nachher trefflich streiten können. Zum zweiten, weil das meine Erfahrungen aus nunmehr 5 ½ Jahren Arbeit im Bundestag sind.

2. Nun will ich nicht nur behaupten, sondern meine Thesen auch begründen.

Als ich 1998 in den Bundestag kam, da waren Auslandseinsätze der Bundeswehr noch die absolute Ausnahme. Der große Sündenfall, der so genannte Kosovo-Krieg, stand noch bevor. Seither habe ich an über 30 Debatten über die Nato und die Bundeswehr teilgenommen. 29 Mal musste ich über Auslandseinsätze abstimmen. Wir haben jeweils „Nein“ gesagt, als einzige Partei.

Diese Zahlen zeigen vor allem: Auslandseinsätze der Bundeswehr sind längst keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Daraus macht inzwischen auch niemand mehr einen Hehl. Und die Medien drucken längst keine Balken mehr. Genau das meine ich mit meiner ersten These von der „Normalisierung des Militärischen“.

In These 2 sprach ich von einer Entdemokratisierung des Politischen.

Verteidigungsminister Struck hat sich vorigen Herbst bei mir beschwert, ich hätte ihm Verfassungsbruch vorgeworfen. Das, so Struck, sei doch falsch und ungerecht.

Der Hintergrund war Folgender: Ein Voraustrupp der Bundeswehr wurde ohne Bundestags-Mandat ins Ausland geschickt. Das habe ich als Bruch der Verfassung kritisiert.

Aber, meinte Struck, er habe doch die Fraktionsvorsitzenden vorab in einem Brief informiert. Ich erwiderte, das ersetze weder eine offizielle Debatte noch einen offiziellen Beschluss.

Die Episode wäre klein, gäbe es nicht eine weiter gehende Debatte über ein Entsende-Gesetz. Bislang entscheidet der Bundestag in seiner ganzen Größe und Schönheit über Militär-Einsätze. Das neue Gesetz soll das Verfahren erleichtern und beschleunigen.

Zum Beispiel dadurch, dass die Entsende-Entscheidung in einen Ausschuss delegiert wird oder an die Runde der Fraktionsvorsitzenden. So oder so, es wäre eine Entmachtung des Bundestags und es wäre eine Entdemokratisierung des Politischen. Auch deshalb bin ich dagegen.

(Am Donnerstag wurde nun übrigens in erster Lesung über einen Koalitionsentwurf zum Entsendegesetz im Bundestag beraten und Gesine Löttsch und ich fanden genau den kritisierten Erkundungsfall, als zukünftigen Einsatz minderer Bedeutung im Text. Also gesteht die Koalition zu, dass bisherige Einsätze dieser Art in das Plenum des Bundestages gehört hätten)

Ich komme zu meiner dritten These: Es gibt immer mehr Auslandseinsätze unter Berufung auf die NATO oder andere Organisationen. Da Deutschland Mitglied der NATO ist, heißt es, sei die Bundesregierung auch an entsprechende Aufträge gebunden.

Das ist aber falsch: Weder ein NATO-Beschluss, noch ein EU-Begehren setzen das Grundgesetz und sein Friedensgebot außer Kraft. Selbst ein UNO-Mandat ist kein Freibrief. Es wird aber so getan. Das meine ich mit „Veräußerung der Verantwortung“. Auch dieser Tendenz ist zu wehren.

Ein zweifelhafter Höhepunkt im Bundestag war für mich die Abstimmung über den Einsatz in Afghanistan am 7. November 2002. Sie werden sich vielleicht daran erinnern, denn Bundeskanzler Schröder hatte sie an eine Vertrauensfrage gekoppelt.

Das führte zu einer schizophrenen Situation. Die CDU/CSU hatte keinerlei Probleme mit dem Militäreinsatz, stimmten aber mit Nein, weil sie gegen Rot-Grün sein mussten.

Grüne Frauen wiederum führten nach der gewonnenen Abstimmung regelrechte Freudentänze auf, so als hätten sie nicht gerade die Bundeswehr in Marsch gesetzt.

Damit die Kanzler-Mehrheit reicht, durften damals nur wenige Abgeordnete aus den eigenen Reihen dagegen stimmen. Also losten die so genannten Abweichler unter sich aus, wer Nein sagen durfte. Ihr Veto wurde zum Dreier-Lotto ohne Zusatz-Zahl. Der grüne Vorzeige-Linke aus Berlin, Christian Ströbele, hatte Los-Glück.

Auch daher eine 4. These: In wesentlichen, grundsätzlichen Fragen spiegeln die Mehrheiten im Bundestag nicht die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Das ist bei den so genannten Sozialreformen so. Das trifft auch auf die Krieg-Friedens-Frage zu.

Gerade rund um den Krieg der USA gegen den Irak wurde das überdeutlich. Zumal er zugleich gegen die UNO geführt wurde und wird. Hierzulande und weltweit gab es Proteste dagegen. Repräsentative Umfragen (siehe dazu die Studie von Dietmar Wittich) belegen dasselbe.

Das spricht zumindest dagegen, dass Krieg ohne Widerspruch wieder als Fortsetzung der Politik akzeptiert wird. Es gibt eine spürbare Differenz zwischen der allgemeinen Gesellschaft und der offiziellen Politik.

Die PDS ist inzwischen die einzige relevante Partei in Deutschland, die Militäreinsätze im Ausland grundsätzlich ablehnt. Das ist ein guter Konsens, aber es ist kein starker. Er ist deshalb schwach, weil die PDS seit ihrem Parteitag in Münster anno 1999 nahezu alle Debatten in der Sache ablehnt. Sie lässt keine Zweifel zu und sie lässt genau dadurch an sich zweifeln. Das ist ein Problem.

Im vergangenen Sommer gab es Schlagzeilen rund um den Kongo. Dort wüteten Kriege, auch Kinder-Kriege, mit unermesslichem Leid. Und so stand die Frage, ob die UNO eingreifen soll und mit ihr die Bundeswehr - letztere übrigens mit Sanitär-Zügen außerhalb des Kriegsgebiets. Wir, die PDS im Bundestag, konnten uns nicht um eine Entscheidung herum drücken und wir waren unentschieden. Wir suchten Rat.

Ich will hier gar nicht die unterstellenden, böswilligen E-Mails zitieren, die uns darauf hin erreichten. Die gut meinenden lauteten etwa so: „Wir verstehen Euch. Aber um Himmelswillen, bringt uns die Partei nicht vor dem außerordentlichen Parteitag durcheinander.“ Das ist ein typisches PDS-Syndrom: Die Partei tickt nach ihrer Binnen-Uhr. Gesellschaftliche Kontroversen kommen fast immer zur Unzeit.

Mit diesem Beispiel komme ich zu einem inhaltlichen Problem, das Verhältnis zur UNO. Ich behaupte, die PDS hat ihr Verhältnis zur UNO nie gründlich geklärt.

Die UNO war eine Antwort auf den 2. Weltkrieg und sie ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie wird immer wichtiger und zugleich wird sie bedroht und ignoriert. Sie wird von Veto-Mächten missbraucht und sie wird zugleich gebraucht. Die Aufzählung der Widersprüche ließe sich verlängern.

Es mangelt auch nicht an Beschreibungen, wie sich Linke eine schöne UNO in einer guten Welt vorstellen könnten. Aber die Verhältnisse sind nicht so, würde Bertolt Brecht sagen. Und immer wenn das so ist, streiten Linke gern miteinander, statt über reale Verhältnisse.

Das war ein kurzer Ausflug ins Innenleben der PDS. Jedenfalls so, wie ich es aus Bundestags-Sicht erlebe.

Die Militarisierung der Außenpolitik hat eine Entsprechung im Inneren. Wir kennen Berichte aus den USA, wo Bürgerrechte en Gros ausgehebelt werden.

Wir erleben dasselbe aber auch hierzulande. Es ist ein zu weites Feld, um es hier auszubreiten. Deshalb will ich hier nur Stichpunkte anführen.

Dieser Tage las ich ein Interview mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen, Milbradt. Er wurde in der Ausgabe des „Rheinischen Merkur“ vom (25. März 2004) gefragt: „Wo liegen die Grenzen zum Überwachungsstaat?“ Seine Antwort: „Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir eine extensive Interpretation der Bürgerrechte vornehmen, was auch Verbrechern zugute kommt? Oder wollen wir das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit neu justieren? Ich plädiere für Letzteres.“

Ich stelle hier nur Fragen:

Was ist eine extensive Interpretation der Bürgerrechte?

Worin besteht das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit?

Und welche Sicherheit wiegt schwerer, als wessen Freiheit?

Tatsache ist: Es werden immer mehr Bürgerrechte abgebaut. Ich habe im Bundestag in einer EU-Debatte gefragt: „Ist ihnen schon mal aufgefallen, dass sie namens der EU-Ost-Erweiterung all das fordern, was sie früher am Osten verdammt haben?“

Geheimdienste werden heilig gesprochen. Der Datenschutz wird verpönt. Der Rechtsstaat wird ausgehöhlt und die Verfassung wird bis ins Gegenteil überdehnt. Deshalb wiederhole ich: Die PDS muss sich als moderne, sozialistische Bürgerrechts-Partei beweisen – gerade in Zeiten, wo andere Bürgerrechte als Ballast abwerfen.

Ich will meinen Beitrag mit einer aktuellen Episode und mit einem Dank an Joschka Fischer beenden. Diesen Donnerstag hat Bundeskanzler Schröder eine Regierungserklärung abgeliefert. Ich habe für die PDS im Bundestag geantwortet – gegen seine „Agenda 2010“.

Als ich sprach, wechselte Außenminister Fischer von der Regierungs- auf die Abgeordneten-Bank. Das hat den Vorteil, er darf von dort dazwischen rufen und pöbeln.

Im offiziellen Protokoll ist daher festgehalten: Petra Pau: „Sie kennen meine grundsätzliche Kritik an der zunehmenden Militarisierung der Politik. In der künftigen EU-Verfassung wurde sie sogar als Pflicht festgeschrieben.“

Zwischenruf Joschka Fischer: „So ist es!“

Das war Klartext. Es war keine Unterwerfung unter Bush und Co. Aber es war derselbe Geist.

Deshalb mein Resümee: Ein Gespenst geht um, auch und wieder in Europa. Es heißt nicht Kommunismus und es verheißt nichts Gutes. Es geht letztlich um militärische Stärke oder politische Vernunft.

Die PDS im Bundestag – zwei Frauen gegen vier Fraktionen – wird weiter für politische Lösungen und gegen militärische Mächte streiten.

Prof. Dr. sc. Bernhard Gonnermann

Konversion in Mecklenburg-Vorpommern und Probleme der Kampfmittelberäumung

Liebe Friedensfreunde der Ostseeregion,
werte Veranstaltungsträger dieser Konferenz,

ich stelle meine kurzen Überlegungen unter das Motto „**Visionen und Realität der
Konversion zu Beginn des 21. Jahrhunderts**“.

Im Sinne der Vision eines entmilitarisierten Deutschlands als Beginn eines militärfreien Europas, arbeite ich seit über zwölf Jahren als Mitglied des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V. Weilheim. In den Ihnen vorliegenden Mappen befindet sich ein Flyer, der dieses Institut vorstellt, das gegenwärtig von Erich Schmidt-Eenboom geleitet wird. Ich würde mich freuen, wenn der eine oder andere Teilnehmer der heutigen Konferenz Mitglied unseres Instituts werden könnte.

Eine Vision ist immer so gut wie die ersten Schritte ihrer Realisierung.

Konversion war für mich seit über anderthalb Jahrzehnten eine zu realisierende Vision. In diesem Sinne haben Friedensforscher der DDR schon Ende der achtziger Jahre an einem Konversionsgesetz der DDR gearbeitet. Der Entwurf wurde in der ersten frei gewählten Volkskammer eingebracht. Durch die überhastete Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde er jedoch nicht mehr verabschiedet. Das ist sehr schade, denn dann hätte sich der Bundestag damit schon 1990/91 auseinandersetzen müssen. Ein Exemplar dieses Entwurfs liegt heute in der Konferenzausstellung.

Ein Grundanliegen dieses Papiers konnte jedoch schon 1992 in die Brandenburger Landesverfassung übernommen werden. Dort heißt es im Artikel 40, Abs. (5): „Das Land

wirkt darauf hin, dass militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden.“

Auch in Mecklenburg-Vorpommern, als militärisch stark belastetes Land in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, wurde Konversion zunehmend eine strukturpolitische Aufgabe. Es wurden vom Landtag „Leitlinien für die Konversion in Mecklenburg-Vorpommern“ verabschiedet und im jetzigen Koalitionsvertrag ist die Konversion als Chefsache des Wirtschaftsministers angesiedelt.

Eine meiner Visionen, die ich schon als Landtagsabgeordneter in Brandenburg hatte, war, die Konversionserfahrungen und ihr Know how zu einer künftigen Exportsache werden zu lassen. Im Rahmen der jetzt vor uns stehenden EU-Erweiterung wird das zunehmend aktuell.

Es gibt Regionen in Osteuropa, die sind aus historischen Gründen vorwiegend durch Militär urbanisiert und besiedelt. Das vollzog sich im 19. Jahrhundert, im Verlauf des 1. und 2. Weltkriegs des zwanzigsten Jahrhunderts und auch in Folge des Kalten Kriegs und der Blockkonfrontation von NATO und Warschauer Vertrag.

Nach Beendigung des Warschauer Vertrags sind ganze Garnisonen aufgelöst. Gleichzeitig blieben aber die militärischen Altlasten, wie Munition, Boden- und Grundwasserkontaminationen, ausgesonderte Technik und viele militärische genutzte Gebäude sich selbst überlassen.

Nach 1990 haben sich in Ostdeutschland eine ganze Reihe von Betrieben gebildet, die sich mit Konversionsfragen und insbesondere mit Kampfmittelberäumung befassen. Neben den staatlichen Betrieben dieser Art gibt es private Unternehmen, in denen viele ehemalige Offiziere der bewaffneten Kräfte der DDR arbeiten und teilweise ganz neue Verfahrensweisen entwickelt haben.

Deutschlandweit haben sich diese Unternehmen im „Kompetenz-Zentrum Konversion/Kampfmittelräumung e.V.“ (KOMZET) zusammen geschlossen. Eine Ausstellung in der Vorhalle zeigt dessen Aktivitäten und ich freue mich, dass der Geschäftsführer dieser Vereinigung, Herr Ing. Döring aus Berlin, an der Konferenz teilnimmt. Um so bedauerlicher ist es, dass es zwischen den staatlichen Einrichtungen zur Kampfmittelräumung und den privaten Unternehmen eine strittige Verhaltensweise gibt. Aus Befürchtungen, keine staatlichen Aufträge zu erhalten, haben es verschiedene private Unternehmen abgelehnt, heute hier mit Exponaten ihrer Arbeit aufzutreten. Interessante Ideen zur Beseitigung von militärischen Altlasten und der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf diesem Gebiet bleiben trotz schriftlicher Angebote an Landesministerien unbeantwortet. Und das in

Sicht der ungeheuren Menge von zu beseitigenden Gefahrenquellen im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Mitglieder des KOMZET haben errechnet, dass bei der gegenwärtigen Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Deutschland noch 400 Jahre benötigt würden, um militärische Schäden aus der Kaiserzeit und den Kriegen im letzten Jahrhundert zu beseitigen.

Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass diese Unternehmen auch international noch Jahre zu tun hätten, um die Millionen noch liegenden Erdminen in allen umkämpften Gebieten zu entschärfen.

Das sind notwendige Vorhaben der so genannten „alten Konversion“. Hinzu kommt jedoch jetzt für unser Land Mecklenburg-Vorpommern und für ganz Deutschland die „neue“ Konversion, die durch die Truppen- und Standortreduzierung der Bundeswehr bestimmt wird. Nach der neuesten Orientierung durch das Bundesministerium für Verteidigung werden bei uns 47 Objekte in 31 Kommunen bis zum Jahre 2006 aufgelöst. Das heißt 31 mal strukturpolitische Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der entsprechenden Kommunen. Daraus erwächst für alle in der Politik tätigen, von der Gemeinde über die Kreise bis zum Land, eine völlig neue Herangehensweise zur Sicherung der Lebensfähigkeit vieler Orte.

Die „Gesellschaft für Konversion und Umweltschutz (GKU) Standortentwicklung GmbH“ Berlin hat in dieser Hinsicht beispielgebend in Stavenhagen Kreis Demmin und in Demen, Kreis Parchim, gewirkt. Ihre Erfahrungen sind in der Ausstellung der heutigen Konferenz zu sehen.

Auf den Punkt gebracht besagen sie hinsichtlich einer Konversionsstrategie:

1. Weitgehende Erhaltung und Verwertung vorhandener Bauwerke und Infrastruktur, bei gering zu haltenden Anpassungsmaßnahmen.
2. Minimierung der Kosten, geringe Kostenbelastung der Fläche, Gewährleistung wettbewerbsfähiger Preise.
3. Begrenzung der zivilen Siedlungsflächen, Renaturierung der Randbereiche
4. Durchführung eines mehrstufigen Konversionsverfahrens, Parallelnutzung, zeitliche Streckung der Konversion.
5. Enge Partnerschaft und Lastenteilung zwischen den Akteuren Bundeswehr, Bundesvermögensverwaltung, Gemeinde oder Kommune.

Liebe Friedensfreunde, werte Gäste,

Abrüstung als Vision erfordert Konversion als Realität. Konversion kann es aber nicht zum

Nulltarif geben.

Arbeiten wir an einer tragfähigen Konzeption und an realistischen Schritten ihrer Umsetzung durch alle Beteiligten.

Das „kommunalpolitische Forum e.V.“ hat dazu ein reichhaltiges Betätigungsfeld in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sagen hier an der Ostsee: Für uns und alle Anrainer ist das Gebot der Stunde: Abrüstung im Ostseeraum zu fordern, anzubahnen, zu realisieren und zu kontrollieren. Frieden ist nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg!

Helmut Holter

Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung

Arbeitsmarktpolitik und Konversion in Mecklenburg-Vorpommern

Konversion heißt Umwandlung und in jedem Wandel liegt die Chance der Entwicklung hin zum Besseren. Es wäre plakativ zu sagen, alles ist besser als ein Schießplatz oder eine Kaserne. Wir leben leider in keiner friedlichen Welt, deshalb werden sich die Staaten auf lange Sicht Armeen leisten. Das Ende des kalten Krieges jedoch hat viele militärische Standorte in den neuen Bundesländern überflüssig gemacht. Sie nicht einfach verfallen zu lassen, sondern sie je nach ihrer Spezifik in die Strukturentwicklung des Landes einzubinden, ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Im Vergleich zu den anderen Ostländern steht Mecklenburg-Vorpommern günstig da: nur 2,6 Prozent der Fläche wurden militärisch genutzt. In Brandenburg waren es immerhin acht Prozent. Doch auch die 600 Quadratkilometer, die in Mecklenburg-Vorpommern betroffen sind, schaffen Probleme, die über kurz oder lang einer Lösung bedürfen. Eigentlich ist Konversion Sache des Bundes. Da es aber viele Kommunen im Land direkt betrifft, weil es um Arbeitsplätze geht und um Wirtschaftsstandorte, haben sich die Regierungsparteien Mecklenburg-Vorpommerns in ihrer Koalitionsvereinbarung zur Konversion bekannt, wenn auch nicht so viele Mittel zur Verfügung stehen, wie nötig wären.

Zum einen sind da die Probleme der so genannten alten Konversion, also der Beseitigung der Lasten aus zwei Weltkriegen und aus den Zeiten des kalten Krieges. Im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms fördern wir solche Konversionsvorhaben.

Zum Beispiel gibt es ein gemeinwohlorientiertes Arbeitsförderprojekt am Kap Arkona. Im ehemaligen „Geschützten Gefechtsstand der 6. Flottille“ der Nationalen Volksarmee soll ein marinehistorisches Museum entstehen. Neben der Vorbereitung der Bunkeranlagen zur musealen Nutzung werden wissenschaftliche Recherchen durchgeführt und eine Ausstellung vorbereitet. So wird die touristische Infrastruktur verbessert.

Ein anderes Beispiel ist das Gelände der ehemaligen „Erprobungsstelle der Luftwaffe“ in Rechlin. Bis zu viertausend Mitarbeiter testeten hier zwischen 1935 und 1945 die im Dritten Reich produzierten Flugzeuge. In Rechlin starteten damals die ersten Düsenflugzeuge der Welt. Allein am 25. August 1944 warfen die Alliierten 400 Tonnen Bomben auf diese Erprobungsstelle, aus der nach dem Krieg ein Flugplatz der Sowjetarmee wurde. Für historisch interessierte Touristen hat Rechlin eine ähnliche Bedeutung wie die ehemalige Erprobungsstelle in Peenemünde. Zum Ausbau der touristischen Infrastruktur unterstützt das Land die Bemühungen der Gemeinde zur Schaffung einer attraktiven Ferienhaus- und Hotelanlage. Dort werden an die 200 Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstehen.

Rechlin und Arkona sind „Glücksfälle“. In Mecklenburg-Vorpommern geht es jedoch vorwiegend um Objekte, die fernab intakter Märkte und abseits reger Flächennachfrage liegen. Geschichtsträchtigkeit und eine landschaftlich reizvolle Lage können nur sehr wenige ehemalige militärische Liegenschaften aufweisen. Umso wichtiger ist, touristische Standortvorteile zu nutzen, wo immer sie sich bieten. Deshalb unterstützt das Land die Gemeinde Rechlin bei der Fertigstellung der Planung mit entsprechenden Finanzmitteln aus dem Initiativfonds des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms.

Zu den Problemen alter Konversion kommen die Anforderungen der neuen. Durch Strukturreformen innerhalb der Bundeswehr werden Standorte aufgegeben, die oft intakt und modernisiert sind. Der Markt regelt das Problem nicht, denn es besteht in Mecklenburg-Vorpommern nirgends ein Mangel an Gewerbeflächen. Der Bund negiert das Problem und verweigert die Auflage neuer Förderinstrumente. Die Länder, so auch Mecklenburg-Vorpommern, können angesichts angespannter Haushaltslage nur begrenzt Hilfen gewähren. So ist die Standortkonversionsrichtlinie des Landes eine wichtige Hilfe für die betroffenen Kommunen, aber die zur Verfügung stehenden Mittel reichen bei weitem nicht aus.

Beispielsweise wird der Bundeswehrstandort Stavenhagen-Basepohl mit einer Gesamtgröße von 480 Hektar bis zum Jahre 2006 schrittweise aufgegeben. Die ersten Teilflächen wurden bereits durch das Bundesverteidigungsministerium für eine zivile Nachnutzung freigegeben. Eine Nachnutzung soll durch die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben erfolgen. Der Standort muss planungsrechtlich vorbereitet werden, das heißt, für ein Gewerbe- und Industriegebiet müssen die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Neben der Aufstellung von Bebauungsplänen müssen auch die Flächennutzungspläne geändert werden. Die Kosten dafür belaufen sich nach einer ersten Schätzung auf 100.000 Euro für die Stadt Stavenhagen und 43.000 Euro für die Gemeinde Grammentin. Beide Kommunen haben nicht genug Geld in der Kasse, um die Bauleitplanung zu finanzieren. Während die Stadt Stavenhagen in der Lage ist, ein Drittel der Planungskosten aufzubringen, kann die Gemeinde Grammentin mit 300 Einwohnern dazu keinen Beitrag leisten. Die Planung für das Gewerbe- und Industriegebiet werden daher mit 100.000 Euro aus dem Initiativfonds des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms gefördert. Durch die nachfolgende Ansiedlung von Unternehmen werden Arbeitsplätze entstehen, einige Unternehmen haben bereits ernsthaftes Interesse bekundet.

Die neue Konversion ist vor allem eine Kompensationsaufgabe. Die Bundeswehr ist in den betroffenen strukturschwachen Regionen ein maßgeblicher Verbraucher, auf dessen Bedarf sich Wirtschaft und Handel eingestellt haben. Verbunden mit der Standortaufgabe ist daher meist ein beträchtlicher Abbau von Arbeitsplätzen. Berechnungen zufolge geht durch den Wegfall der Kaufkraft ein Arbeitsplatz pro sieben Soldaten verloren.

Standortaufgabe hat erheblich geringere Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zur Folge. Als Beispiel will ich den Eggesiner Raum anführen. Eggesin war fünfzig Jahre lang Garnisonsstadt, ganze Wohnviertel wurden in den fünfziger und siebziger Jahren nur für Militärangehörige und ihre Familien gebaut. Seit 1990 wurde der Bedarf an Wohnraum mit der Standortverkleinerung immer geringer. Leerstand mit all seinen negativen Aspekten war die Folge. Nicht nur in Eggesin, auch in den umliegenden Standorten.

Daraufhin haben Ueckermünde, Eggesin und Torgelow ein regionales Entwicklungskonzept erarbeitet. Mit einem aufeinander abgestimmten Leitbild ist es zu einer Art strategischem Wegweiser für Verwaltung, Unternehmen und für die Bürger geworden. Im Projekt UTE –

die Buchstaben stehen für die drei Orte – wurde innerhalb des Programms Stadtumbau Ost ein so genanntes integriertes Stadtentwicklungskonzept entwickelt, das im bundesweiten Wettbewerb eine Silbermedaille gewonnen hat. Durch Rückbau, Abriss und Aufwertung sind so intakte Stadtstrukturen mit zukunftsfähigen Beständen hergestellt worden. Natürlich ist dieser Prozess längst nicht abgeschlossen, aber auf solchen positiven Erfahrungen gilt es aufzubauen.

Wie Sie vielleicht wissen, habe ich ein Innovationsprojekt Ost für Arbeit, Ansiedlungen und Aufträge vorgeschlagen. Die neuen Länder haben – mit gewissen regionalen Unterschieden – ähnliche wirtschaftliche Probleme. Das gilt auch für die Konversion militärischer Flächen – in allen Ostländern war und ist Militär stationiert. Es wäre eine gute Sache, mit der Schaffung einer Sonderwirtschaftszone Ost auch gemeinsame Strategien für die Bewältigung der Konversionsprobleme zu entwickeln. Durch gezielte Deregulierung und befristete Erleichterungen für Ansiedlungen könnten solche Flächen eher auf Unternehmerinteresse stoßen als das zurzeit der Fall ist. Damit könnten die betroffenen Kommunen vom Strukturwandel profitieren.

Konversion hat mit großen Problemen zu tun – versiegelten Flächen, kontaminierten Böden – dahinter verschwinden gelegentlich die großen Chancen. Wir bekommen unzerschnittene Landschaften und wertvolle Biotop auf ehemaligen Truppenübungsplätzen hinzu, wir erhalten die Möglichkeit, weiträumige Flächen in die Tourismuskonzepte zu integrieren. Nicht nur die Pilzfreunde, die sich über nun zugängliche Sperrgebiete freuen, wissen um die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt dort. Für ein Urlaubsland wie Mecklenburg-Vorpommern ist dieses Zurück-zur-Natur ein Schritt nach vorn. Und ich bin dafür, uns auf weiter gehende Schritte zu konzentrieren.

Kurt Loge

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

ich bin Kurt Loge aus Rostock und bin Obersteuermann a. D. der Kriegsmarine. Das darf ich so sagen, denn die Kriegsmarine war eine deutsche Armee. Ich war aber später auch Kapitän zur See der DDR-Volksmarine. In diesem Fall darf ich aber nicht so einfach sagen „a. D.“, sondern vielmehr: „Kapitän zur See der NVA a. D.“, denn nach bundesdeutscher Auslegung

war die Nationale Volksarmee der DDR keine deutsche Armee, sondern sie zählt zur Rubrik „fremde Streitkräfte“.

Weil einige meiner heutigen Vorredner schon über Partner oder Verbündete sprachen, meinten meine Tischnachbarn, es wäre nicht schlecht, wenn ich über meine Begegnung mit dem Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL sprechen könnte, weil dieser hier nicht sehr bekannt ist, aber als Partner interessant sein könnte.

Mit dem DARMSTÄDTER SIGNAL hat sich im September 1983 eine Gruppe von 20 Zeit- und Berufssoldaten sowie Mitarbeitern der Bundeswehr erstmals an die Öffentlichkeit gewandt, um ihr „Nein!“ zur Stationierung neuer Atomraketen in Ost und West zum Ausdruck zu bringen. Im September vergangenen Jahres konnte das DARMSTÄDTER SIGNAL sein 20jähriges Bestehen entsprechend begehen. Über seine Tätigkeit wurde auch eine Doktorarbeit verfasst.

Als Vertreter der IG Entrüstung beim PDS-Kreisvorstand Rostock konnte ich in der Zeit vom 12. bis 14. März 2004 in Potsdam am 66. Arbeitstreffen des DARMSTÄDTER SIGNAL teilnehmen. Dort wurde eine Pressemitteilung zur Beratung des Deutschen Bundestags über ein so genanntes Parlamentsbeteiligungsgesetz betreffs von Auslandseinsätzen der Bundeswehr verabschiedet. In ihrer Pressemitteilung verlangen die Akteure die Rücknahme einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, die eine rechtliche Grundlage ohne gesetzliche Regelungen für Auslandseinsätze der Bundeswehr schuf. Das DARMSTÄDTER SIGNAL fordert hingegen seiner erwähnten Pressemitteilung, die Beibehaltung der Parlamentsarmee: „Die Entscheidung über Krieg und Frieden und die Verantwortung für das Leben eines jeden einzelnen Soldaten müssen vornehmste Pflicht der Volksvertreter bleiben!“ Diese eindeutige Stellungnahme wurde auch mit den Stimmen der Vertreter der IG Entrüstung angenommen.

**ABSCHLUSSERKLÄRUNG
DER OSTSEEFRIEDENSKONFERENZ
VOM 27. MÄRZ 2004
IN ROSTOCK**

Im Bewusstsein der Komplexität und Kompliziertheit der Probleme auf dem Weg zu einem geeinten und friedlichen Europa,

unter Anerkennung der unterschiedlichen nationalen, regionalen, historischen und weltanschaulichen Positionen der Teilnehmer am europäischen Integrationsprozess,

in der Erkenntnis, dass Kriege und erst recht moderne Kriege keine Probleme lösen, sondern nur neue schaffen (Balkan, Afghanistan, Irak),

sind sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. Ostseefriedenskonferenz darin einig, dass ein geeintes Europa sowohl nach innen als auch nach außen nur ein friedliches und friedliebendes Europa sein kann und darf. Übereinstimmung besteht weiterhin darin, dass ein friedliebendes Europa nur ein sozial gerechtes Europa sein kann.

Aus der Erfahrung, dass die Ostseeregion auch unter den Bedingungen der Block-Konfrontation eine Region ohne direkte militärische Gewaltanwendung war, wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. Ostseefriedenskonferenz eine Weiterführung und Weiterentwicklung dieses Zustandes anregen und unterstützen, um damit einen Modellfall für Europa und für internationale Beziehungen weltweit schaffen zu können.

Dazu fordern sie die Bürgerinnen und Bürger auf, sich sowohl einzeln als auch über ihre politischen und sozialen Interessenorganisationen bei ihren Regierungen und Parlamenten einzusetzen:

- für eine Verfassung der Europäischen Union ohne Militarisierungsgebot für ihre Mitglieder;
- für eine atomwaffenfreie Zone von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer;

- für einen eigenständigen Beitrag der Ostseeregion im Bereich der präventiven Friedenspolitik unter Nutzung der vorhandenen Strukturen;
- gegen die Aufstellung von EU-Einsatzkräften für weltweite Interventionen;
- für die Rückführung der Verteidigungshaushalte und die Erhöhung der Mittel für Konversion und Entwicklungshilfe sowie für die Verabschiedung eines Bundeskonversionsprogramms in kürzester Frist durch den Deutschen Bundestag;
- für einen Raum gemeinsamer Friedenserziehung und ein Jugendwerk der Ostsee-Anrainerstaaten;
- für die Verhinderung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide als militärischer Übungsplatz zur Vorbereitung von Präventivschlägen und Interventionen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. Ostseefriedenskonferenz rufen auf, sich für soziale Gerechtigkeit als wesentliche Grundlage eines friedlichen Miteinander und als Mittel zur Zurückdrängung des Terrorismus einzusetzen. Die Weiterentwicklung und der Ausbau militärischer Machtmittel und deren Einsatz als politisches Instrument werden grundsätzlich und konsequent abgelehnt.

Rostock, 27. März 2004